

Dokumentation

Staat und Kirche  
im Kirchenkreis Malchin  
1980 bis 1990 -  
Gesprächsräume eröffnen –  
Geschichte(n) erzählen

Salem | 30. März 2022



Evangelisch-Lutherischer  
Kirchenkreis Mecklenburg

# Tagungsprogramm

15.30 Uhr	Ankommen bei Kaffee und Gebäck	
16.30 Uhr	<b>Begrüßung und thematische Einstimmung</b> <b>Dirk Saueremann,</b> <b>Propst im Kirchenkreis Mecklenburg (Parchim)</b>	<b>Seite 3</b>
16.40–17.00 Uhr	<b>Historische Einordnung – Hineinkommen in die Zeit: Erinnerung, Prägungen und</b> <b>Christian Halbrock,</b> <b>Historiker</b>	<b>Seite 8</b>
17.00–17.20 Uhr	<b>Methoden und Aktionen der</b> <b>Einflussnahme durch das MfS und staatliche Stellen</b> <b>Anne Drescher, Landesbeauftragte</b>	<b>Seite 23</b>
17.20–18.00 Uhr	<b>Erfahrungsberichte</b> <b>des ehemaligen Landessuperintendenten im Kirchen-</b> <b>kreis Malchin Rüdiger Timm, Landessuperintendent i.R.</b> <b>des ehemaligen Pastors in Vipperow Markus Meckel,</b> <b>Pastor i.R., Außenminister a.D.</b>	<b>Seite 30</b>
18.00–19.00 Uhr	Erzählgruppen mit den Gesprächspartnern Ulrike Rinsma-Doll, Georg Heydenreich, Markus Meckel, Karl Martin Schabow, Dr. Gottfried Timm u.a.	
19.00–19.30 Uhr	Plenum mit Gesprächspartnern und Dialog mit den Teilnehmenden Moderation Katrin Schulz, Soziologin/Pädagogin	
19.30–19.45 Uhr	<b>Schlussreflexion zum Tag</b> <b>Curt Stauss,</b> <b>Seelsorger für politisch Verfolgte</b>	<b>Seite 36</b>
19.45–19.50 Uhr	Abendsegnen Propst Dirk Saueremann	
19.50 Uhr 20.30 Uhr	Ausklang, Gespräche bei Abendimbiss Heimwege	

## Anhang

<b>Foto-Impressionen</b>	<b>Seite 40</b>
<b>Presseschau</b>	<b>Seite 44</b>

## Veranstalter

Landesbeauftragte der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern  
für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Mecklenburg

# Begrüßung und thematische Einstimmung

## Propst Dirk Sauermann,

Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Mecklenburg



Herzlich Willkommen! Ihnen und Euch allen, die Sie, die Ihr nach Salem gekommen sind.

Staat und Kirche im Kirchenkreis Malchin 1980 bis 1990 – Gesprächsräume eröffnen – Geschichte(n) erzählen, so stand es auf der Einladung, die uns heute zusammenführt.

Wer hätte das gedacht, wie sehr doch uns gemeinsame Erfahrungen aus den 1980er-Jahren verbinden und hierher führen nach so vielen Jahren. Manche Aktiven aus dieser Zeit haben sich lange nicht gesehen. Ich denke da z.B. an Dich, Ulrike! Damals hast Du noch Doll geheißen und warst Pastorin in Teterow. Heute bist Du mit Deinem Mann aus den Niederlanden gekommen unter dem Na-

men Rinsma-Doll, wohl am weitesten gereist.

Doch, es ist kein Ehemaligentreffen heute, kein Klassentreffen der Aufrechten, der alten Kämpfer für den Frieden. Dann müssten wir unter uns bleiben: „Weißt Du noch damals!“

Es ist etwas anderes heute, weil wir eben nicht unter uns bleiben wollen mit unseren Erfahrungen, weil wir weg wollen von einem passiven Erinnern, hin zu einer aktiven Auseinandersetzung.

Was uns damals in unserer Arbeit, in unserem Dienst in der Kirche wichtig war unter den Bedingungen der SED-Diktatur, was uns angetrieben hat, was uns in zum Teil heftige Konflikte mit dem Staat und auch im innerkirchlichen Be-

reich geführt hat, das wollen wir ins Gespräch bringen mit eben Ihnen und Euch, die Ihr damals noch keine Verantwortung in der Kirche hattet im Haupt – oder Ehrenamt oder erst auf dem Weg dorthin wart.

Im Einladungstext an die Gemeinden haben wir es so gesagt:

*„Wir haben wahrgenommen, dass die Kenntnisse über die Zeit der Ev. Kirche in der DDR und die damit verbundenen Herausforderungen für kirchliche Arbeit schwinden, zum Teil nicht mehr vorhanden sind, bzw. der zeitliche Abstand die Erfahrungen von damals unbesprochen in das Reich der Vergangenheit verbannt. Dennoch aber erleben wir immer wieder, wie auch nicht aufgearbeitete, verschwiegene oder verdrängte Geschichte und Geschichten wirken und zum Teil zu Konflikten in der Gegenwart führen.“*

Es geht um einen räumlich und zeitlich bestimmten Abschnitt der Geschichte, und darum, wie darin kirchliche Arbeit unter den Bedingungen des SED-dominierten DDR-Staates sein konnte, was dabei gelungen ist, woran wir gescheitert sind, wo es Anpassung und Wohlverhalten um des lieben Friedens willen mit dem Staat gab und wo es Versagen gab und Schuld.

Und es geht darum, hier etwas zu verbinden, für die einen, die damals aktiv waren, es zum Teil bis in die Gegenwart sind und für die anderen, die von all dem DAMALS nichts wussten, nichts wissen oder wissen konnten, weil sie ja keine Erfahrungen an diese Zeit haben, an die sie sich erinnern könnten.

Zwischen dem Damals und dem Heute gibt es Brüche und Gräben, gibt es abgebrochene Gespräche und es gibt auch jenen verstörten Blick auf DIE von Früher, die immer wieder stören, weil sie es nicht aushalten, nicht mehr und schon nicht wieder gehört zu werden.

Aktive Auseinandersetzung heißt also, die Punkte im Gespräch zu suchen, die das DAZWISCHEN nicht verleugnen, und sehen wie tief der Graben sein kann, über den Menschen gehen müssen, wenn sie sich wirklich sehen, hören und verstehen wollen. Was liegt trennend zwischen uns, den Zeiten, den Erfahrungen?

Aktive Auseinandersetzung heißt, die Bereitschaft zu wecken, sich einzulassen, auf das, was war und das, was deswegen wirkt, manchmal sehr klar erkennbar, wenn bspw. die Friedensandachten im Zeichen der „Schwerter zu Pflugscharen“ - Symbolik aus den 1980er Jahren ganz selbstverständlich in vielen ostdeutschen Gemeinden gefeiert werden. Und manchmal ist das, was wirkt auf den ersten Blick gar nicht klar erkennbar und warum es so sehr wirkt und sich an scheinbar Kleinem entzündet wie Zentimetern, die das genormte Maß einer Grabstelle überschreiten.

Aktive Auseinandersetzung steht heute zum einen im Zeichen des von der Nordkirche und dem Kirchenkreis Mecklenburg verantworteten Biografienprojekts: „Biografien politisch Verfolgter und Diskriminierter in Mecklenburg 1945 – 1990“ – Ein erinnerungskulturelles Projekt“

Dieses Buch hier enthält 148 Kurzbiografien und ist im November 2019 erschienen, erfreulicherweise nun auch schon wieder vergriffen. Exemplarisch geben die Biografien einen Einblick in Leben, Überzeugung und erlittenes Unrecht von Menschen, die in Mecklenburg unter der Sowjetherrschaft und der SED-Diktatur verhaftet, ausgegrenzt, diskriminiert, mit Schweigeverbot belegt oder gar ermordet worden sind.

Mit dem Biografienbuch ist das Biografienprojekt verbunden, also das Anliegen, Geschichte mit Geschichten von Menschen aufzuarbeiten, und einen weiter-

gehenden Prozess der Erinnerungskultur zu etablieren. Neue Sichtweisen auf die zum Teil verschwiegene, verklärte und damit oft genug unterdrückte Lebenswirklichkeit sollen ermöglicht werden. Wo Verfolgung war und Schweigen – da sollen Respekt und Gespräch entstehen. So auch heute!

Aktive Auseinandersetzung steht heute zum anderen im Zeichen der Petition vom 30. August 2021 als sich ein weiterer Unterzeichnerkreis an den Kirchengemeinderat in Gielow, den Kirchenkreis Mecklenburg und den Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern gewandt hat und den Protest gegen eine in der Petition so genannte Sonderregelung für die Grabgestaltung des im Jahr 2020 verstorbenen Pastors Heinz Pulkenat artikuliert. So heißt es in der Petition:

*„Heinz Pulkenat war unter dem Decknamen „Herbert Puchalla“ langjähriger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Er hat dem Staatssicherheitsdienst kircheninterne Berichte geliefert, Oppositionelle, die die Kirche als Schutzraum suchten, bespitzelt und sich auch an Zersetzungsmaßnahmen gegen kirchliche Mitarbeiter und andere Aktive beteiligt.“*

Durch seinen Tod und seine Beerdigung auf dem Basedower Friedhof sind die Erinnerungen wieder präsent geworden und in der wenige Zentimeter von den üblichen Abmessungen abweichende Gestaltung der Grabplatte wird eine „besondere Anerkennung“ für Heinz Pulkenat gesehen.

Die Petitionen fordern deswegen dazu auf, dass in allen kirchlichen Gremien Stellung bezogen und Haltung gezeigt wird. Wir erwarten, dass sich die Kirche klar an die Seite derjenigen stellt, die bespitzelt wurden und die Repressionen in der DDR-Diktatur erlebt haben. Diese Menschen haben schwerwiegende persönliche Folgen für ihr Eintreten für Frei-

heit und Demokratie erleben müssen. Mit ihnen muss sich die Kirche solidarisieren, und ihre moralische Verantwortung ihnen gegenüber wahrnehmen. Und abschließend heißt es:

Gerne sind einzelne Unterzeichnende bereit, in einen Dialog mit der Kirche zu treten, um aufzuklären und eine Sensibilisierung im Umgang mit Opfern und Tätern der DDR-Diktatur zu erreichen.

Der weite Rahmen des Biografienprojekts und die konkrete Erfahrung mit dem Wirken von Heinz Pulkenat, der Wahrnehmung der dunklen Seiten seines Lebens und dem Ruf, aus eigenem traumatischen Erleben heraus, die Folgen seines Handelns bei den damaligen Opfern zu sehen und ins Gespräch zu bringen, das führt uns eben auch zusammen heute.

Für das Gespräch und die Wahrnehmung von Unrecht ist es nie zu spät! Es geht um erzählte Geschichte, die wir aus der Perspektive von jenen hören werden, die sich als Christen aktiv gegen Unrecht und für Freiheit und demokratische Rechte eingesetzt haben. Und es geht darum, diese Geschichte in die Gegenwart zu übersetzen, sie zu betrachten, zu besprechen und der nachfolgenden Generation zugänglich zu machen, Brücken zu bauen.

Eine offene demokratische Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit, wie eben auch gegenwärtige Entwicklungen zeigen. Darum ist das, was wir heute miteinander tun, für mich auch ein Hinweis auf einen Vers aus der Bergpredigt Jesu: *Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.* (Matthäus 5,6)

Ich hoffe, dass der Hunger und Durst nach Gerechtigkeit uns eint, dass die Sehnsucht nach Frieden und Freiheit Kräfte weckt, so wie in der Zeit, als ich selbst als Jugendlicher im Pfarrhaus Kitzendorf ein und aus ging mit dem Aufnä-



Plenum und Schlussrunde mit Moderatorin Katrin Schulz (r.)

her am Parka „Schwerter zu Pflugscharen“ und Anhängern um den Hals mit der Aufschrift „Make love not War“.

Was waren das für Zeiten!: Erst kürzlich flogen mir neue Seiten aus dem Stasi Unterlagen Archiv zu. In einem Bericht der Hauptabteilung XX/2 Berlin heißt es über mich:

*„S. war Teilnehmer eines Treffens feindlicher Personen in der Zeit vom 21.- 29. 7. 1984 in Vipperow. Zu dieser Zusammenkunft wurden ausschließlich ausgewählte Organisatoren und Initiatoren des politischen Untergrundes durch deren führende Vertreter persönlich eingeladen. In diesem mehrtägigen ‚Seminar‘ wurden theoretische Konzeptionen und Detailfragen konkreter Feindseligkeit beraten, die sich gegen verfassungsmäßige Grundlagen des Staates der DDR und seine sozialistische Entwicklung richteten.“*

Ja, ich war dort im Pfarrhaus Vipperow. „Auf der Wiese haben wir gelegen und wir haben Gras gekaut“, dabei gehört, gelernt, verstanden, gefeiert und gebetet. Wir haben dabei Kirche erlebt mit Relevanz fürs Leben, prägend! Daran erinnere ich mich immer wieder gern,

heute auch mit den Worten von Rainer Kirsch aus dem Jahr 1971:

### **Aufschub**

*Damit wir später reden können,  
schweigen wir.*

*Wir lehren unsere Kinder schweigen,  
damit*

*Sie später reden können.*

*Unsere Kinder lehren ihre Kinder  
schweigen.*

*Wir schweigen und lernen alles*

*Dann sterben wir.*

*Auch unsere Kinder sterben. Dann*

*Sterben deren Kinder, nachdem*

*Sie unsere Urenkel alles gelehrt haben*

*Auch das Schweigen, damit die*

*Eines Tages reden können.*

*Jetzt, sagen wir, ist nicht die Zeit zu  
reden.*

*Das lehren wir unsere Kinder*

*Sie ihre Kinder*

*Die ihre.*

*Einmal, denken wir, muß doch die  
Zeit kommen. | 1971*

*(in: Ausflug machen, Gedichte, S. 39,  
Hinstorff Verlag, 3. Auflage 1983)*

Die Zeit ist gekommen, schon längst,  
und Sie und Ihr seid gekommen:

Als Gesprächspartner und Referenten begrüße ich sehr herzlich: (Ich fange mal, verzeihen Sie, liebe Damen, mit dem Ältesten an.)

- Landessuperintendent i.R. Rüdiger Timm
- Frau Anne Drescher (Landesbeauftragte)
- Herr Dr. Christian Halbrock (Historiker)
- Herr Markus Meckel (Pastor und ehem. Außenminister der DDR)
- Herr Curt Stauss (Pfarrer, Seelsorger für politisch Verfolgte)

Gesprächspartner:innen in den Erzählgruppen

- Frau Ulrike Rinsma-Doll (Pastorin ehem. in Teterow)
- Herr Georg Heydenreich (ehem. Pastor in Kittendorf, Propst und Schüler- und Landesjugendpastor in der ELLM)
- Herr Markus Meckel (ehem. Pastor in Vipperow und Außenminister a.D.)
- Herr Karl Martin Schabow (ehem. Pastor in Kirch Grubenhagen, Propst), hat leider abgesagt
- Herr Dr. Gottfried Timm (ehem. Pastor in Röbel und ehem. Innenminister des Landes Mecklenburg – Vorpommern a.D.)

Organisation und Moderation

- Frau Katrin Schulz, Pädagogin und Soziologin
- Frau Landesbischofin Kristina Kühnbaum-Schmidt hat sich Corona bedingt kurzfristig entschuldigt.
- Herr Bischof im Sprengel Tilman Jeremias ist da.

Wir empfinden es als Zeichen großer Wertschätzung für uns und die Thematik, dass sich beide aufmachen wollten, Du Tilman jetzt da bist, um einfach „nur“ dabei zu sein. Das ist wohl für einen Bischof ein ganz seltener Moment, nichts zu müssen und nur zu dürfen.

Nun wünsche ich uns einen guten Nachmittag und Abend!

---

**Diese Broschüre findet sich als digitale Version ebenso auf der Themenseite zur Aufarbeitung der mecklenburgischen Kirchengeschichte im Internetportal [www.kirche-mv.de](http://www.kirche-mv.de):**

<https://www.kirche-mv.de/mecklenburg/portraet/geschichte/ddr-aufarbeitung>

# Historische Einordnung – Hineinkommen in die Zeit: Erinnerung, Prägungen und Positionen

Christian Halbrock,

Historiker

Aus historischer Sicht fällt eine Einstimmung auf die Zeit der 1980er Jahre weitaus schwerer, als ein Blick auf die davorliegenden fünfziger, sechziger und siebziger Jahre. Doch hatten gerade sie erheblichen Einfluss auf das, was in der Kirche in den achtziger Jahren gedacht und empfunden wurde, wenn es um die eigene Stellung in der DDR-Gesellschaft und zum SED-Staat ging.

Insgesamt erweisen sich die Jahrzehnte davor wesentlich einfacher in der Betrachtung. In jenen Jahren sahen sich die Kirchen in einem vom Staat geprägten atheistischen Umfeld mehr schlecht als recht als geduldet an. Behinderungen in der kirchlichen Arbeit wie die restriktive Anwendung der Veranstaltungsordnung und Einschränkungen für die kirchliche Jugendarbeit waren an der Tagesordnung. Jugendwochenenden in den Pfarrhäusern fanden unter dem Risiko statt, dass diese polizeilich untersagt werden würden. Der seelsorgerische Zugang zu den kommunalen Altersheimen und Pflegeeinrichtungen musste immer wieder erkämpft werden. Dies trug auch zu einem besonderen Bewusstsein der kleiner werdenden Gemeinden und derjenigen, die sich weiter zur Kirche hielten, bei.

Eine Zäsur stellte in dieser Hinsicht das Staat-Kirche-Gespräch vom 6. März 1978 dar. Öffentlichkeitswirksam traf sich SED-Chef Erich Honecker mit Ver-



tretern der evangelischen Kirchen in Ost-Berlin zu einem Meinungs austausch. Bereits im Vorfeld waren mehrere Verträge abgeschlossen worden, die das kirchliche Leben in der DDR erleichterten. Das Bild vom Treffen im SED-Zentralorgan Neues Deutschland, das den Eindruck einer gelösten Gesprächsatmosphäre vermittelte, sorgte bei nicht wenigen Christen für Irritationen. Andere sahen nun endlich die Möglichkeit für eine Besserung der Lage im Land; auf jeden Fall ging von dem Gespräch und seiner Inszenierung eine Signalwirkung aus.

Auch im Kirchenkreis Malchin zeichneten sich in der Folge sichtbar Veränderungen



ab. Sie betrafen unter anderem den Zugang von Kindern aus christlichen Elternhäusern zum Abitur. Noch Mitte der siebziger Jahre hatte der Direktor der Erweiterten Oberschule in Teterow, Dr. Toboldt, Schüler, die zur Jungen Gemeinde gingen, einbestellt und ihnen angedroht, sie von der Schule zu entfernen. Ende der siebziger Jahre hielten sich bereits mehrere Abiturienten zur Jungen Gemeinde, ohne dass sie eingeschüchtert wurden, und – was vordem kaum denkbar schien – besuchten mehrere Pastorenkinder die EOS in der Kreisstadt. Dies änderte zugleich die Zusammensetzung und die inhaltliche Arbeit in der Jungen Gemeinde, wo vordem meist Schüler der allgemeinbildenden Schulen, Lehrlinge und Jungfacharbeiter das Bild mitgeprägt hatten.

Aber auch die Pastorenkinder, die nun zur EOS gingen, mussten unwidersprochen die für alle geltenden ideologisch-politischen Aufnahmekriterien erfüllen. Sie mussten in der staatlichen Jugendorganisation FDJ sein und sich an der vormilitärischen Ausbildung ohne zu murren beteiligen. Obwohl sie in den Pfarrhäusern anders erzogen worden waren, erfüllten sie diese Kriterien. Hieran war zu erkennen, dass sich in der Kirche, was die Positionierung in der sozialistischen Gesellschaft betraf, ebenso Veränderungen vollzogen hatten. Selbst wenn sich am Selbstverständnis der Kirchgemeinden und Pfarrhäuser im Ganzen gesehen wenig änderte, so gab es doch eine mitunter verwirrende Vielstimmigkeit. Auf der einen Seite gab es die Pastoren, die es indiskutabel hielten, sich in einem undemokratischen System außerhalb der Kirche gesellschaftlich zu engagieren.

Andere sahen den Osten als Bewährungs- und Bekenntnisort an und planten, mit dem Erreichen der Pensionsgrenze in den Westen – häufig in das mecklenburgische Ratzeburg – überzusiedeln. Demgegenüber gab es Pastoren, die darüber

sprachen, dass es notwendig sei, sich in einer sozialistischen Gesellschaft, wie sie sagten, im Dienst des Gesamtwohls einzubringen. „Suchet der Stadt Bestes“ war ihr Motto. Ein Zeugnis davon legt das Glaubensbuch „Aufschlüsse“ ab. Herausgegeben wurde es vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1977. Auch zwei Pastoren aus dem Kirchenkreis Malchin wirkten an ihm mit. Zum einen Joachim Wiebering, der von 1962 bis 1967 Pastor in Teterow war und Martin Kuske, der 1978 nach Teterow kam.

Die Aufsätze in dem Buch sind theologisch und politisch von sehr unterschiedlichen Autoren und zudem kollektiv verfasst, so dass sich die Passagen keinem der Mitwirkenden zuordnen lassen. An mehreren Stellen ist von der Notwendigkeit eines Dialoges von Christen und Marxisten die Rede. Und zum „politischen Engagement der Christen“ heißt es, dass „sowohl in der Friedensarbeit“ und der „Bekämpfung des Rassismus“, der in den USA und Südafrika wüthete, „[DDR-]Christen und Nichtchristen“ etwas Gemeinsames hätten und zusammenarbeiten sollten. Eine solche „Kooperation“ könne bei der gemeinschaftlichen Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR „Modellcharakter“ haben.(1) Gleichzeitig war aber auch zu lesen: „Manchen [Autoren] schien das Engagement für die fernen Nächsten“, das „im eigenen Land opportun ist“, „angesichts der eigenen Probleme ... fragwürdig.“ Dadurch, so hieß es weiter, würden „die Kirchen in der DDR immer wieder vor die Frage gestellt, wie sie zugleich in der eigenen Situation ... Christus als den Herrn aller bezeugen können.“(2)

Hier gab es offensichtlich sehr verschiedene Vorstellungen, bei denen die Erfahrungen, die die Kirchen in der DDR in den Jahrzehnten zuvor gemacht hatte, eine Rolle spielten. Warum sich einige so und andere wiederum genau anders ent-

schieden, obwohl sie ähnliche Erfahrungen in ein und demselben Land gemacht hatten, kann hier nicht geklärt werden. Sicherlich spielte der für die evangelischen Kirchen und ihr Selbstverständnis konstitutive Imperativ eine Rolle, der den Protestantismus über seinen gesellschaftlichen Dienst und seine Nützlichkeit in der Welt definiert. Zusätzlich zu dieser Vielstimmigkeit, die das Bild in den achtziger Jahren bestimmte, gesellte sich die kirchliche Friedensarbeit in Form von staatsunabhängigen und systemkritischen Friedensgruppen. Auch hier gab es unterschiedliche Ansätze, Arbeitsformen und Ansichten im Kirchenkreis Malchin und in der mecklenburgischen Landeskirche. Und nicht alles, was sich die Staatssicherheit in ihren Berichten als Erfolg ihrer „Zersetzungsmaßnahmen“ an das Revers heftete, lässt sich auf das Wirken ihrer Inoffiziellen Mitarbeiter zurückführen. Mitunter kam es auch zu Reibereien und Unstimmigkeiten, weil sich in den Gruppen einzelne ausgesprochene Individualisten befanden.(3)

Zwei Beispiele sollen im Folgenden für Prägungen in den davorliegenden Jahrzehnten angeführt werden. Es sind Prägungen, die das Denken, die Positionen und das Handeln der Betroffenen noch in den achtziger Jahren leiteten.

Zunächst Joachim Fründt, der später Pastor in Warin, Sternberg und Bützow war. Fründt verbrachte seine Schulzeit und einen Teil seiner Jugend im Kirchenkreis Malchin, konkret in Teterow. Prägend für ihn wirkte sich die Zeit in der dortigen Junge Gemeinde aus. Die Junge Gemeinde der Stadt zählte in der Nachkriegszeit, Anfang der fünfziger Jahre etwa zweihundert Jugendliche, die sich allwöchentlich in neun Jugendkreisen in den Pfarrhäusern trafen. Ein quirliges Jugendleben bereicherte die Stadt, sogenannte Morgenwachen fanden Schultags in der Kirche statt, es gab Ausflüge, Spielabende, selbst ein eigenes kleines

Fahrgastschiff unterhielt die Junge Gemeinde auf dem Teterower See. Wie in der gesamten DDR setzen 1952/1953 auch im Kirchenkreis Malchin die Repressionen gegen die Junge Gemeinde ein. Wie Joachim Fründt schreibt, wurde Pastor Heinz Abshagen „durch tägliche abendliche Besucher“ und ihm aufgenötigte Aussprachen bedrängt und wie es später im Stasi-Jargon hieß, „zersetzt“ und veranlasst, disziplinierend auf die Junge Gemeinde einzuwirken. Die Junge Gemeinde wurde in ihrem öffentlichen Auftreten beschnitten, das Schiff „Peter Paul“ auf dem See beschlagnahmt und die Mitglieder, die das Gymnasium besuchten, eingeschüchtert, um sie vom Besuch der Jungen Gemeinde abzuhalten.(4)

Weiter berichtet Joachim Fründt wie der evangelische Kreisjugendsonntag in Malchin im Jahr 1953 verboten wurde und die angereisten Jugendlichen am Bahnhof und auf dem Weg zur Kirche von Ordnungskräften der Freien Deutschen Jugend angehalten, belehrt und der Stadt verwiesen wurde.

Spätestens damit war der Kirchenkampf, den die sozialistische Einheitspartei seit 1951/1952 immer offener führte, auch im Kirchenkreis Malchin angekommen. Die Schwerpunkte der Auseinandersetzungen lagen vor allem in der Berlin-Brandenburger, sächsischen und provinzsächsischen Kirche. Aber auch im Norden gab es Festnahmen und Inhaftierungen. So wurde am 2. Januar 1953 der Jugenddiakon Herbert Büdke aus Wismar verhaftet. Das Bezirksgericht Rostock verurteilte ihn am 16. Mai 1953 wegen angeblich „falscher Auslegung der christlichen Lehre“ zu acht Jahren Zuchthaus.(5) Neben ihm befanden sich die Pastoren Richard Peters aus Feldberg, Robert Lansemann aus Wismar, Aurel von Jüchen aus Schwerin, der Prediger Gustav Hübner aus Neustrelitz und die Katechetin Margarete Reuter in Haft.

Unmittelbar nach dem Kriegsende hatten, wie der Kirchenhistoriker Rudolf Mau schreibt, die sowjetische Besatzungsmacht und die zivilen Behörden die Kirchen noch als „wichtige Ansprechpartner und Mittler zur deutschen Bevölkerung“ genutzt.(6) Entscheidend waren dabei taktische und pragmatische Überlegungen, da sich das Land nach den Kriegszerstörungen kaum anders regieren ließ. Hinlänglich bekannt war den Kirchen jedoch auch die Religionsfeindschaft des Sowjetstaates. Relativ früh schon kam es so zu den ersten Auseinandersetzungen und Grenzüberschreitungen seitens der sowjetischen Besatzungsoffiziere und der deutschen Kommunisten. Die kirchliche Eigenständigkeit wurde ignoriert, die Kirchen zur Parteinahme zugunsten der Kommunisten in einzelnen Kampagnen gedrängt und religionsfeindliche Stellungnahmen verbreitet.

Mit dem Vorgehen gegen die Junge Gemeinde und die Evangelische Studentengemeinde erreichte der Kirchenkampf der SED in der ersten Jahreshälfte 1953 einen ersten Höhepunkt. Der von Moskau im Juni 1953 der SED verordnete „Neue Kurs“, mit dem die Relegationen von christlichen Oberschülern und Studenten zurückgenommen werden sollten, sorgte nur kurzzeitig für Entspannung. Ab der Mitte der Dekade kehrte die SED zu ihrem religionsfeindlichen Kurs zurück. Mit dem Pampower Propst Otto Maercker und Pastor Arthur Heyer aus Carlow, beide festgenommen 1957, dem Theologiestudenten Willy Lange 1961 und Pastor Heinrich Baltzer - abermals aus Pampow - 1962 befanden sich erneut Mitarbeiter der Landeskirche in Haft.(7)

Der Kirchenkreis Malchin blieb von der innerpolitischen Verschärfung nicht unverschont. Ende 1961 wurden zwei besonders aktive Mitglieder der Jungen Gemeinde, die die Erweiterte Oberschule

Teterow besuchten, unter fadenscheinigen Gründen relegiert. Die damit einhergehende Kampagne richtete sich gegen die Junge Gemeinde in der Stadt insgesamt und konkret gegen jene Schüler, die die Jungen Gemeinde noch besuchten. Ihre Namen wurden von der Schule der Staatssicherheit weitergemeldet. In Gesprächen wurde den Schülern nahegelegt, sich von der Jungen Gemeinde fernzuhalten, da sie ansonsten keinen Studienplatz bekommen und keinerlei Karriere in der DDR mehr machen könnten. Die Auseinandersetzungen prägten das politische Klima in der Kleinstadt und belasteten das Verhältnis zwischen Schule und Kirche über einen langen Zeitraum. Die beiden bereits relegierten Schüler befanden sich in einer verzweifelten Lage. Sie entschieden sich im September 1962 mit einer Widerstandsaktion auf ihr Schicksal hinzuweisen. In der Oberschule in Gnoien schrieben sie mehrere systemkritische Forderungen an die Tafeln. Nach ihrer Festnahme und acht Monaten in Untersuchungshaft verurteilte sie das Bezirksgericht Neubrandenburg zu je einem Jahr und vier Monaten Haft.(8)

Als weiteres Beispiel, wo frühere Erfahrungen die Haltung in den achtziger Jahren mitprägten, sei des weiteren Johannes Lohmann angeführt. Lohmann war in Stavenhagen Pastor und ging dann als Landesjugendpastor nach Schwerin. Geprägt wurde er in seiner Schulzeit durch das Leben in der Jungen Gemeinde in Parchim und die dort tätigen Pastoren. Als 17jähriger verhaftete ihn die Staatssicherheit dann im Frühjahr 1960 in der Schule, weil er Flugblätter verteilt hatte. Es folgte zwei Monate Untersuchungshaft in Schwerin am Demmlerplatz. Die Verhöre – verbunden mit Schlägen und psychischen Schikanen – wurden für ihn zur entscheidenden Erfahrung, die seine Einstellung zur DDR zeitlebens prägten.(9) In den achtziger Jahren trat er – auch aus dieser Erfahrung heraus – für eine

konsequente Haltung gegenüber dem Staat ein, eine Position, bei der er beileibe nicht von allen unterstützt wurde. Im April 1982 entdeckten mitteilsame Zeitgenossen am Schaukasten der Kirche und im Fenster seines Pfarrhauses das christliche Friedenssymbol „Schwerter zu Pflugscharen“. Es folgten Besuche bei ihm im Pfarrhaus durch den Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres, verbunden mit der klaren Aufforderung, die Symbole zu entfernen; Lohmann, meldete der Staatsvertreter seinen Vorgesetzten weiter, sehe „keine Veranlassung dazu“. (10)

### **Spannungen in den späten fünfziger, sechziger und siebziger Jahren**

Wenn auch in den Kirchengemeinden und im Kirchenkreis eine gewisse Normalität den Alltag bestimmte, so ließ sich die kirchliche Arbeit nicht von den politischen Entwicklungen ringsherum losgelöst betrachten. Vieles vollzog sich subtil und stand eher nur als Drohszenarium im Raum. Wie Günter Pilgrim, der als Pastor in Boddin bei Gnoien die Verhältnisse kennen lernte, schrieb, gestaltete sich das Verhältnis zu den Funktionären und Schulleitungen vor Ort und im Kreis problematisch. Immer wieder entstand der Eindruck oder lagen auch Warnungen von Insidern vor, dass die Gottesdienste von Spitzeln besucht und dort mitgehört werde. Und immer wieder gab es Besuche von Vertretern der anderen Seite im Pfarrhaus, die der Einschüchterung dienten. Gelegentlich kam es auch zu offen ausgetragenen Konflikten bis hin zu Übergriffen. (11)

Selbst Pastor Heinz Pulkenat bekam dies in Basedow hautnah zu spüren. In einem Ermittlungsbericht der Staatssicherheit hieß es rückblickend, es hätte im Dorf ständig „Reibereien mit dem [SED]-Bürgermeister und ... der Schule“ gegeben. In der Folge sei kirchliches Eigentum wiederholt beschädigt worden. (12) Angestachelt von der in den SED-

Parteizeitungen und an den Schulen betriebenen antireligiösen Propaganda, glaubten einzelne kirchenfern erzogene Schüler, die Fenster des Gotteshauses ungestraft einwerfen zu können. Von einem „großen Posten Scheiben“, die in der Basedower Kirche „eingeschlagen“ worden seien, war die Rede. (13) Dies geschah auch an anderen Orten des Kirchenkreises in jenen Jahren immer wieder. Nicht nur in Basedow forderte dies, wie es weiter hieß, „wiederum die Reaktion des Pastors“ heraus; meist sahen sich die Pfarrer dem von der atheistischen Propaganda beflügelten Vandalismus hilflos ausgesetzt. Sie versuchten ihre Kirchenfenster mit dünn-maschigen Draht zu schützen. Der Pfarrer der Malchower Klosterkirche griff tief in die Kirchenkasse und versicherte seine Fenster, was die ansonsten untätige Volkspolizei nach dem nächsten Vorfall in Schwierigkeiten brachte und emsige Geschäftigkeit auslöste. Die Schüler wurden tatsächlich ermittelt und verwart.

Die Formen der häufig meist niederschweligen Diskriminierung und Ausgrenzung waren vielfältig. Sie reichten von der Verwehrung von Ausbildungsplätzen für Kinder aus christlichen Familien, verbauten Karrierewegen bis hin zu den täglichen Nadelstichen. Der Bürgermeister von Basedow sprach so öffentlich im Dorf und gegenüber dem Pastor davon, dass die Menschen in der DDR nun nicht mehr im „Mittelalter“ leben würden, wo, wie er sich ausdrückte, „Vertreter des religiösen Aberglaubens fortschrittliche Auffassungen unterdrücken konnten.“ (14)

Besonders schutzlos waren dem die Schüler an den Schulen ausgesetzt, die in manch einem Ort wegen ihrer Teilnahme an der Christenlehre in ihren Klassen aufstehen mussten und zur Schau gestellt wurden. Bis in die siebziger Jahre war dies an einigen Schulen des Kirchenkreises Praxis.

In den in den fünfziger und sechziger Jahren herausgegeben Dorf-, Betriebs- und SED-Kreiszeitungen wurden Pastoren wegen ihrer kritischen Meinung verbal von übereifrigen „Volkskorrespondenten“ attackiert und bedroht. Auch Pastor Pulkenat wurde im Jahr 1958 in der Basedower Dorfzeitung namentlich angegriffen. (15) Ein anderer Pastor, der im Jahr 1973 nach Teterow in den Kirchenkreis Malchin kam, wurde im August 1961 in der SED-Kreiszeitung „Elde-Echo“ angegangen. Angesichts der menschlichen Härten, die die Grenzschließung mit sich brachte, hatte er sich besorgt gezeigt, weil sich viele Familien nun nicht mehr treffen könnten. Die der Folge erschien im „Elde-Echo“ auf der ersten Seite ein Leitartikel unter dem polemischen Titel „Wer trennt die Familien?“ mit Angriffen gegen den Pastor. (16)

Insbesondere in den Jahren der Zwangskollektivierung, dem von der SED euphemistisch ausgerufenen „Frühling auf dem Land“, kam es zu einzelnen Übergriffen gegen Kirchen und Pfarrhäuser. Aktivisten der Freien Deutschen Jugend und der Gesellschaft für Sport und Technik drehten in einigen Orten mit ihren lärmenden Motorädern ausgerechnet während des sonntäglichen Gottesdienstes ihre Runden um die Kirche. In Basedow drangen zwei SED-Genossen der Motoren- und Traktoren-Station, einem Vorzeigeprojekt der sozialistischen Kollektivierung, gewaltsam in das Pfarrhaus ein und warfen Möbel um. Die angetrunkenen Genossen plünderten anschließend den Keller und bewarfen das Haus mit Weinflaschen. (17)

Die Diskriminierung der Kirche, von Andersgläubigen und Andersdenkenden, gehörte zum Alltag und die, die sich daran beteiligten, hatten in der Regel keine Konsequenzen zu befürchten. Sowohl die von der Pfarrfrau angerufenen Polizei in Malchin als auch der Abschnittbevoll-

mächtige in Gielow erklärten, dass „sie keine Zeit hätten“ bzw. hier nicht zuständig seien. (18)

### **Wer war staatlicherseits zuständig in Kirchenfragen?**

Die Richtlinienkompetenz in Kirchenfragen lag beim SED-Politbüro. Wenn für erforderlich gehalten, entschied Generalsekretär Erich Honecker persönlich und bestimmt, was gemacht wird. Auf der Ebene des Ministerrates gab es das Staatssekretariat für Kirchenfragen mit Sitz in Berlin und diesem nachgeordnet in den Bezirken, die Referenten für Kirchenfragen. Das Staatssekretariat für Kirchenfragen verfügte nur bedingt über Entscheidungskompetenzen und sah sich mit den Kirchenreferenten zuständig für den Alltagsbetrieb im Umgang mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Insbesondere nach dem Staat-Kirche-Gespräch vom 6. März 1978 entwickelte sich eine umfangreiche Reisetätigkeit von leitenden kirchlichen Repräsentanten bis runter zum Pfarrer in das nichtsozialistische und westliche Ausland. Die DDR-Kirchenvertreter konnten nun wesentlich unkomplizierter kirchliche Konferenzen besuchen, Gespräche im westlichen Ausland führen, Weiterbildungen besuchen und am Gesamtgeschehen der Kirchen in der Welt teilhaben.

Das Staatssekretariat für Kirchenfragen und die Kirchenreferenten wiesen ihrerseits mehr oder weniger deutlich darauf hin, dass sie von den Reisenden eine gewisse Grundloyalität gegenüber der DDR erwarten könnten. Die ausgeteilten Genehmigungen entwickelten im Rahmen der staatlicherseits angestrebten Differenzierung ihre eigene Wirkung: Während einige Pastoren nie in den Genuss eines solchen Privilegs kamen und auch wussten, dass ihnen dies aus ganz bestimmten Gründen verwehrt wurde, führen andere Kirchenvertreter wiederholt Richtung Westen. Dem innerkirchge-

meindlichen Verständnis tat dies nicht immer gut. Während sich der gewöhnliche DDR-Bürger darauf einrichten musste, den Westen erst im Rentenalter besuchen zu dürfen, kehrten die als reisefähig befundenen Kirchenvertreter mit neuen Einsichten in den Osten zurück. Von einzelnen war zu hören, dass hier im Vergleich zum Westen doch nicht alles schlecht sei und mancher bezeichnete sich nun bewusst als DDR-Bürger. Bezeichnenderweise stuft die Staatssicherheit jene, die vor ihrer Reise die Sicherheitsüberprüfungen durchliefen als „kirchliche Reisekader“ ein.

Auf der unteren Ebene in den Kreisen und Kommunen lag die Zuständigkeit in Kirchenfragen bei der Abteilung Inneres, konkret dem 1. Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres und Kader, kurz Stellvertreter für Inneres genannt. Jene sahen sich angesichts der Aufgabenfülle, die das Amt mit sich brachte, überfordert, sich nun auch noch um die Kirchenangelegenheiten kümmern zu müssen. Häufig wurde der Kontakt zu den Kirchen nur sporadisch gehalten und Gespräche lediglich dann geführt, wenn sie von oben explizit angeordnet worden waren. Die Gesprächsführung mit den Pastoren galt als undankbare Aufgabe, ließen die Pastoren den Vertreter für Inneres mitunter ihre geistige Überlegenheit spüren oder ärgerten den im Pfarrhaus sich ungelenk bewegenden Funktionär mit jesuitisch anmutenden Spitzfindigkeiten. Die Aufgabenerfüllung durch die Stellvertreter für Inneres erfolgte nach staatlicher Einschätzung häufig ungenügend. Die vor Ort Verantwortlichen fungierten quasi als „Feuerwehr“, um dann einzugreifen, wenn es bereits zu Komplikationen gekommen war oder die Sicherheitsbehörden Anstoß an dem nahmen, was in der Kirche vor sich ging.

Zunehmend ab den siebziger Jahren, drängte das Ministerium für Staatssicherheit in die Kirchenpolitik hinein mit

ihrer von der SED verordneten Differenzierungspolitik. Nach dem leninistischen Prinzip mussten demnach alle Pfarrer als reaktionär, feindlich, abwartend, schwankend, neutral, ablehnend oder auch feindlich negativ eingestuft werden. Je nach Loyalität und Anpassungsgrad konnten so staatlich verwaltete und knappe Ressourcen wie Baumaterialien, Baubilanzen, der Abiturzugang der Pastorenkinder und Reisegenehmigungen gewährt oder vorenthalten werden.

Zuständig war innerhalb der Staatssicherheit für die Kirchen und Religionsgemeinschaften die Hauptabteilung XX/4, die nach dem Linienprinzip in den Bezirken mit den entsprechenden Abteilungen vor Ort war. Linienprinzip bedeutete, dass die Vorgaben, wie in der Kirchenpolitik vorzugehen sei, aus der MfS-Zentrale in Berlin stammten. Dieser waren die Mitarbeiter der XX/4 in den Bezirken und Kreisen direkt untergeordnet. Anders als die Kirchenreferate und die Verwaltung für Inneres in den Bezirken und Kreisen, verfügte die Staatssicherheit über genügend Personal, das obendrein fortwährend aufgestockt wurde. Gleichzeitig gingen dem MfS im Laufe der Jahre schleichend die klassischen Aufgaben aus, da es in seinem eigentlichen Zuständigkeitsbereich, anders als in den fünfziger und sechziger Jahren, nur noch vereinzelt klar definierte Straftaten wie Spionage, Sabotage, Diversion und feindliche Nachrichtenübermittlung gab.

In der Folge drängte die MfS-Linie XX mit ihren ganz eigenen konspirativen Methoden in den originär administrativ-staatlichen Aufgabenbereich der Differenzierungspolitik. Aus heutiger Sicht ergibt sich daraus ein nicht zu vernachlässigendes Problem: Was bei den einzelnen Gesprächen und den darüber etablierten Kontakten abgelaufen ist, lässt sich nur dann mit Sicherheit sagen, wenn der betreffende Vorgang – um-

gangssprachlich die Akten – weitgehend überliefert ist. Nur dann lässt sich er-messen, unter welchen Voraussetzungen und wie die Gespräche, die stattfanden, abgelaufen sind. Tatsächlich sind aber viele Unterlagen aus dem Bereich der Li-nie XX noch in den letzten Tagen des Jahres 1989 von Mitarbeitern der Abtei-lung vernichtet oder im Rahmen der Ma-terialreduzierung massiv ausgedünnt worden. Konkret wurden sowohl relevan-te als auch belanglose Materialien, belas-tende als auch entlastende Unterlagen aussortiert und geschreddert. Eine Ein-schätzung fällt daher häufig schwer und lediglich fehlende Unterlagen oder eine bloße Registrierung als IM-Kontakt bele-gen keinesfalls eine schuldhafte Verstrickung.(19) Bei der Lektüre der MfS-Unterlagen ist zudem zu berücksichtigen, dass sie dem MfS zur eigenen Rechtfertigung dienten, hier zuständig zu sein, und die Mitarbeiter unter einem gewissen Erfolgsdruck standen.

So erfolgte die Prämiengebeldbemessung auf der Grundlage der hauseigenen IM-Statistik und eine MfS-Kreisdienststelle hatte nur dann hinreichend Chancen mit einer Vergütung bedacht zu werden, wenn sie einen relevanten Operativ-Vorgang führte. Für die Bewertung der Kontakte im Bereich der Linie der XX/4 kommt erschwerend hinzu, dass, wenn ein Pfarrer als Informant gewonnen wurde, keine Verpflichtungserklärung ge-schrieben werden mussten: die Ver-pflichtung konnte auch per Handschlag erfolgen.

### **Verstrickung von Pastoren/ Zusammenarbeit mit dem MfS**

Den Pastoren und kirchlichen Mitarbei-tern war jeder eigenständige Kontakt zum Staatssicherheitsdienst untersagt. Sie wussten, dass sie dies, wenn es doch dazu kam, der Dienstaufsicht, dem Lan-dessuperintendenten oder Bischof bzw. bei den in den Gemeinden angestellten Mitarbeitern, der Pastorin oder dem Pas-

tor zu melden hatten. Dass ihnen dies auch bewusst war, belegen in einer Rei-he von Fällen die in den MfS-Akten über-lieferten Gesprächsprotokolle. Die vom Staatssicherheitsdienst aufgesuchten In-formanten deuteten immer wieder an, dass sie sich des Normenverstoßes be-wusst waren. Anlässlich konkreter Vor-fälle, wurde das Verbot erneuert. So, als bekannt wurde, dass das MfS einen Pas-tor des Kirchenkreises Güstrow ange-sprochen hatte. Landesbischof Rathke wies alle Landessuperintendenten an, den Vorfall in den Konventen auszuwer-ten und ihn im Falle, dass so etwas nochmal geschehe, dies mitzuteilen.(20)

Bei den etwa 160 Pastoren, die zwischen 1949 und 1989 im Kirchenkreis Malchin ihren Dienst versahen, lassen sich nach bisherigem Stand drei Fälle der Zusam-menarbeit mit dem MfS nachweisen. Es gab vereinzelt aber auch Pastoren, die mehr oder weniger offen Partei zuguns-ten der politischen Verhältnisse in der DDR bezogen, indem sie sich in der Nati-onalen Front und dort im Arbeitskreis Christliche Kreise betätigten. Aus dem Kirchenkreis Malchin ist neben Pastor Heinz Pulkenat mit Pastor Rudi Weiß aus Schorrentin ein weiterer solcher Fall be-legt.(21) All dies war geeignet, das An-sehen der Kirche zu schädigen und un-terminierte nachhaltig den Zusammen-halt innerhalb der Pfarrkonvente, in den Kirchgemeinden und kirchlichen Ge-sprächskreisen. Pastor Weiß übernahm ausgerechnet im Jahr des Mauerbaus 1961 und der vielen Schauprozesse ge-gen Mitglieder der Jungen Gemeinde den Vorsitz im Kreisausschuss der Nationalen Front Malchin. Zusammen mit Landessu-perintendent Gasse besuchte er öffent-lichkeitswirksam am 7. Oktober in Mal-chin die Feierstunde zum Gründungstag der DDR, dem Tag der Republik.

Wie weit das politische Engagement von Pastor Weiß zum Misstrauen innerhalb der Kirche führte, zeigt eine Äußerung

eines Amtsbruders auf der Propsteisynode 1961 in Brudersdorf. Dieser äußerte die Befürchtung, „daß man in einem Konvent nicht alles sagen könne, weil man befürchten müsse, daß es Amtsbrüder gibt, die dies sofort dem Staatsapparat ... zutragen“.(22) Wie man damals wusste, konnte dies zu klaren Benachteiligungen bei der Baustoffzuteilung, bei der Gewährung von Druckgenehmigungen und ähnlichem führen. Heute wissen wir, dass derlei kritische Äußerungen, wenn sie den „Staatsapparat“ erreichten, von diesem in der Regel geflissentlich an das MfS weitergegeben wurden.

Ein älterer, bereits herzkranker Pastor regte sich während des Konventes in Brudersdorf massiv über jene Amtsbrüder auf, die Informationen an staatliche Stellen weitergaben. Er echauffierte sich darüber nach den Aussagen des Landessuperintendenten dermaßen, dass er auf dem Treffen einen Herzanfall bekam. (23)

Im Kirchenkreis Malchin bestand ganz offensichtlich nicht jene aus anderen Kirchenkreisen bekannte Abgrenzung gegenüber den Vereinnahmungsversuchen der SED. Verantwortlich dafür war nicht zuletzt Landessuperintendent Gasse. Eine Konvents-Disziplin, die die Pfarrer definitiv dazu anhielt, sich jeder politischen Instrumentalisierung zu widersetzen, scheint von ihm nicht durchgesetzt worden zu sein.

Neben Gasse und Weiß nahm auch Pastor Ernst Günther Pinkpank aus Behren-Lübchin am 7. Oktober an den „Feierlichkeiten zum Jahrestag der Gründung der DDR“ teil. Im Kreiskulturhaus Teterow zählte er zu den „bekannte[n] Persönlichkeiten“ aus der Region, die der Zeremonie öffentlichkeitswirksam beiwohnten. (24) Und Pastor Martin Penitzka aus Kittendorf ließ sich im Vorfeld der Volkskammerwahlen 1963 in der Filmbühne in Malchin als Redner einspannen

und lobte den von der DDR eingeschlagenen humanitären und friedenserhaltenden Weg als „Kampf gegen das Wolfsgesetz“.(25)

### **Vom MfS zur Mitarbeit erpresst – Pastor Christoph Pentz**

Bislang lassen sich drei bekannte Fälle einer Zusammenarbeit mit dem MfS von Pfarrern, die im Kirchenkreis Malchin tätig waren, nachweisen.

Der erste Fall betrifft Pastor Christoph Pentz, der seit 1955 erst Vikar, dann Pastor in Jördenstorf war. Im Jahre 1970 wurde er Landessuperintendent in Wismar. Im Jahre 1982 erpresste die Staatssicherheit Pentz und drängte ihn erfolgreich, in die Zusammenarbeit einzuwilligen.(26) Das MfS nutzte dazu objektiv stark kompromittierendes Material, das gegen Pentz vorlag. Dieses hätte, wenn es öffentlich geworden wäre, seinen Verbleib im Pfarramt in Frage gestellt. Tatsächlich gab es schon in den Jahren 1954 und 1955 ähnlich gelagerte „Hinweise“, die „als Druckmittel zur Gewinnung des P[entz]“ genutzt werden sollten.

In jenen Jahren lehnte Pentz davon noch unbeeindruckt jegliche Anwerbung ab. (27) Er vertraute offensichtlich darauf, dass dem mit einem zweifelhaften Ruf beleumundeten MfS sowieso keiner glauben würde. Wahrscheinlich hätte er behauptet, das MfS hätte all dies als Gerücht in die Welt gesetzt, um ihn zu diskreditieren. Das MfS beließ es bei seiner Drohung und behielt sein Wissen für sich. Anders verhielt es sich bei der Anwerbung im Jahr 1982: Hier erwiesen sich die Vorwürfe als zu eindeutig; die vorliegenden Beweise ließen keinen Zweifel mehr aufkommen.(28)

Wie in anderen Fällen auch, in denen es zur Erpressung kam, waren die Betroffenen keineswegs nur Opfer des perfiden Vorgehens der Staatssicherheit oder der gesellschaftlichen Umstände im Allge-



meinen. Auch sie hatten die Wahl und nicht jeder, der erpresst werden sollte, ließ sich erpressen. Ein sich in einer ähnlich vertrackten Situation befindender Pfarrer im brandenburgischen Teil des Bezirks Neubrandenburg offenbarte sich Bischof Albrecht Schönherr.(29) Verbunden war dies für ihn mit dem Risiko, dass der Bischof höchst wahrscheinlich nun dienstrechtlich gegen ihn vorgehen würde. Dazu kam es jedoch nicht. Beide beließen es bei der Aussprache, zu der später auch die Pfarrfrau hinzugezogen wurde, und betrachteten die Sache, nach der geleisteten Abbitte, als bereinigt. Zugleich war er aber nun nicht mehr erpressbar.

Die Erpressten waren keineswegs nur Opfer der Staatssicherheit bevor sie selbst zu Inoffiziellen Mitarbeitern wurden: Für eine Erpressung eigneten sich von ihrer Natur her nur Informationen, die nur einem kleinen Kreis von Wissenenden bekannt waren und die sich auch weiterhin geheim halten ließen. Aufgrund dieser besonderen Umstände und um die eigenen Informanten nicht preiszugeben, griff die Staatssicherheit bevorzugt auf Erkenntnisse der Polizei zurück. Bei jener lagen immer wieder Ermittlungsergebnisse oder auch Anzeigen vor, die sich in der Bearbeitung befanden. Ein Strafbefehl oder auch Anklage wären zumeist folgerichtig gewesen, wenn nicht das MfS die Sache an sich gezogen hätte.(30)

De jure betrieb die Staatssicherheit Strafvereitelung im Amt, indem sie das Wissen der Polizei für sich nutzte und den dann Erpressten vor den Konsequenzen, die sich aus seiner Verfehlung konsequenterweise hätten ergeben müssen, schützte. Somit scheint es auch glaubhaft, wenn das MfS nach der Verpflichtung von Christoph Pentz 1982 notierte, dieser hätte „mehrfach [seine] Dankbarkeit für ... den eingeschlagenen Lösungsweg“ geäußert.(31)

Das Muster bei derlei Erpressungen blieb im Grunde in all den Jahren gleich. Es musste eine Ordnungswidrigkeit oder ein strafrechtlich sanktionierbarer Tatbestand vorliegen, den das MfS für seine Arbeit instrumentalisierte. So wurde Propst Gerhard Möwius aus Neustrelitz im Jahre 1962 nicht aufgrund seiner homosexuellen Neigung und Kontakte, die als solche zu diesem Zeitpunkt nicht mehr strafbar waren, zur Mitarbeit erpresst. (32) Zum Problem wurden diese für ihn erst, als es eine Anzeige gegen ihn gab. Bei seinen gelegentlichen Berlin-Fahrten suchte er regelmäßig die als Homosexuellen-Treff bekannte sogenannte Schwulen-Klappe auf dem Alexanderplatz auf. Auf der öffentlichen Toilette belästigte er einen nicht zur Schwulen-Szenegehörenden Besucher, der ihn eigenhändig zur Polizei und den Vorfall zur Anzeige brachte.(33) Am Ende war Propst Möwius dankbar, dass außer dem MfS in Neustrelitz niemand von dem peinlichen Vorfall erfuhr und willigte in die Zusammenarbeit ein.

Wie so häufig in solchen Fällen, waren die Informationen, die das MfS von ihm erhielt, dürftig. Möwius berichtete eher schleppend und wenig engagiert und beteiligte sich nicht an den sogenannten Zersetzungsmaßnahmen, die gegen andere Amtsbrüder angestrengt wurden. Dies war nicht immer und überall so. Es gibt ebenso Fälle, wo der Erpresste in die ihm vom MfS aufgetragene Aufgabe hineinwuchs und an ihr Gefallen fand. Die erfolgsgesättigte Berichterstattung des MfS täuscht darüber hinweg, dass nicht jeder Erfolg gänzlich auf das Wirken des MfS zurückzuführen sein musste. Häufig kamen menschliche charakterliche Schwächen zum Tragen, die sich für das MfS vorteilhaft auswirkten. Wer von sich aus schon gerne schlecht über seine Amtsbrüder redete und Kollegen von oben herab abkanzelte, tat dies ebenso aus Geltungssucht, Selbstüberzeugung oder Neid. Das Ergebnis sprach

für sich. Wie Ann-Kathrin Reichardt über einen zur Mitarbeit erpressten Oberkirchenrat schreibt, der seine Kollegen und Interna aus der kirchlichen Arbeit verriet, bleibt am Ende festzuhalten, dass er an den vom MfS inszenierten „Zersetzungsmaßnahmen“ ... tatkräftig mitwirkte[n]“. (34)

### **Reden mit der „Obrigkeit“: Der Malchiner Landessuperintendent Wilhelm Gasse als Geheimer Informant „Wilhelm“**

Ebenfalls auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS ließ sich Landessuperintendent Wilhelm Gasse ein. Der Deckname, unter dem er in den Akten auftaucht und unter dem ihn das MfS registrierte, lautete wenig einfallsreich und nur bedingt konspirativ „Wilhelm“. (35) Eine Bewertung der Zusammenarbeit ist in diesem Fall schwierig, wegen der nicht eindeutigen Aktenlage. In dieser Hinsicht entpuppt sich der Fall als ein sehr klassischer Fall im Bereich der MfS-Hauptabteilung XX/4, die für die Beobachtung und Ausforschung der Kirchen zuständig zeichnete.

Gasse traf sich von 1958 bis 1972 regelmäßig mit Mitarbeitern der Staatssicherheit, die ihn in seinen Diensträumen in der Landessuperintendentur aufsuchten. Zunächst handelt es sich eher um belanglose Gespräche. Ab Ende 1960 lässt sich so etwas wie eine Berichtstätigkeit nachweisen. Sie bestand darin, dass Gasse auf den Treffen umfassend über Meinungen, Redebeiträge und das Wahlverhalten von Pastoren berichtete. Im Einzelfall sperrt er sich jedoch, den Namen von bestimmten Pfarrern zu nennen, da es sich, wie er betonte, um innerkirchliche Angelegenheiten handeln würde.

Von einer schriftlichen Verpflichtung wurde, wie es in der Hauptabteilung XX/4 häufig praktiziert wurde, „Abstand genommen“. Ob er seinen Decknamen,

unter dem ihn das MfS führte, kannte, bleibt unklar. Seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit meinte das MfS an bestimmten Verhaltensformen zu erkennen: Zunächst daran, dass er immer wieder die Besuche akzeptierte, weiterhin, dass er „eigene Anliegen und Wünsche“ an das MfS herantrug. Schließlich zeigte er sich des Umstandes bewusst, dass es besser sei, wenn er mit niemanden über seine Kontakte zum MfS spricht. (36)

Gasses Motive, mit dem MfS zu kooperieren, ergaben sich aus dem Obrigkeitsverständnis des Landessuperintendenten. Unberührt von der in anderen ostdeutschen Landeskirchen leidenschaftlich geführten Obrigkeitsdebatte, die der Berliner Bischof Otto Dibelius mit seiner Streitschrift „Obrigkeit?“ angestoßen hatte, und mit der er eine kritische Auseinandersetzung anmahnte (37), war für Gasse die DDR unwidersprochen die gesetzte Obrigkeit. Gasse erklärte dem MfS, man könne sich auf ihn hundertprozentig verlassen, wenn es darum gehe, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der DDR besser zu gestalten. Er persönlich dulde es nicht, wenn kirchliche Mitarbeiter oder Pastoren seines Kirchenkreises den Staat in irgendeiner Form provozieren und ausfällig gegenüber dem SED-Staat auftreten. (38)

### **Als „roter Pfarrer“ bekannt und geheim unterwegs als IM: Pastor Heinz Pulkenat**

Anzuführen ist des weiteren Pastor Heinz Pulkenat aus Basedow, der vom MfS von 1978 bis 1989 als IMS „Herbert Puchalla“ geführt wurde. (39) Auch hier gab es keine schriftliche Verpflichtung: „Auf Grund der Besonderheiten auf der Linie XX/4 wird ... von einer schriftlichen Verpflichtung abgesehen, da diese das bestehende Vertrauensverhältnis stören könnte“, hieß es in einem entsprechenden Positionspapier. (40)

Mehrere Dinge deuten auf eine wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem MfS hin: Pulkenat besaß die Telefonnummer des MfS-Mitarbeiters, um ihn in dringenden Fällen und zur Terminabsprache anrufen zu können. Auch wurde, was die Konspiration eindeutig belegt, eine „Losung“ für die Kontaktaufnahme vereinbart; für jeden zufällig Mithörenden sollte unverfänglich nach der „Terminvereinbarung für das nächste Orgelkonzert“ gefragt werden. (41)

Pulkenat wusste zudem, mit wem er sprach und dass sich der Kontakt im Verborgenen vollziehen musste. Pulkenat, konstatierte das MfS, lege „großen Wert auf Diskretion, so daß eine Offenbarung gegenüber dem Superintendenten [in Malchin] nicht zu befürchten“ sei. (42) Die MfS-interne Analyse der Kontaktgespräche lässt Nuancen im Verhalten von Pulkenat erkennen: Mal wird er als „ungezwungen plaudern“, „ungehemmt und aufgeschlossen“ und auskunftsfreudig im Gespräch mit dem MfS charakterisiert. (43)

Ein anderes Mal habe er sowohl gesellschaftliche als auch politische Missstände in der DDR angesprochen und kritische „Fragen aufgeworfen“. So die, ob sich ein Funktionär der SED „noch seiner Herkunft aus der Arbeiterklasse bewusst“ sei oder ob mit den Intershop- und Exquisit-Läden in der DDR nicht ein neues Zwei-Klassen-System geschaffen werde. (44)

Pulkenat sollte als IM „Herbert Puchalla“ das MfS vor allem mit Informationen und Kirchen-Interna versorgen. Er berichtete aus den Propstsitzungen und von anderen kirchlichen Treffen. Auch ging es dem MfS darum, mittels des IM auf bestimmte innerkirchliche Prozesse Einfluss zu gewinnen. „Reaktionär“, also systemkritisch eingestellte Amtskollegen, „speziell im Kirchenkreis Malchin“, sollten durch von ihm vorgebrachte Ein-

wände, Bedenken und gegebenenfalls gezielt gestreute Gerüchte verunsichert werden. (45) Die wichtigste Zielperson, für die es „Herbert Puchalla“ nach Meinung der MfS-Bezirksverwaltung anzuwerben galt, kann eindeutig Landessuperintendent Rüdiger Timm benannt werden: „Durch die Gewinnung des Kandidaten“ solle, so das MfS, die „Kontrolle des reaktionär eingestellten Superintendenten Timm“ bewerkstelligt werden. (46) Entsprechend dieser Vorgabe erfolgte dann tatsächlich auch der Einsatz des im November 1978 neu verpflichteten Inoffiziellen Mitarbeiters.

Pastor Pulkenat erhielt verschiedentlich Geldzuweisungen vom MfS, zum Geburtstag mal 100 Mark oder einen Präsentkorb. Vom 25. Januar 1985 ist eine Geldzuweisung belegt, die im „Rahmen seiner Auftragserfüllung“ erfolgte. (47) Ob damit der Einsatz im Dienst des MfS ganz allgemein oder ein konkreter Auftrag gemeint war, lässt sich den Unterlagen nicht entnehmen.

Zugleich ergibt sich aus den Unterlagen, dass das MfS ihrem Inoffiziellen Mitarbeiter nur bedingt vertraute. Während er sich regelmäßig mit der Staatssicherheit traf, ordnete diese hinter seinem Rücken eine umfassende Postkontrolle an. Über mehrere Jahre öffneten die Mitarbeiter der Staatssicherheit die von Pulkenat abgesandten und an ihn gerichteten Briefe und kopierte diese. Ein Grund dafür mag sicherlich in den umfangreichen Westkontakten, die Pulkenat unterhielt, gelegen haben. (48)

### **Warum das Ganze? Warum die ganze Geheimniskrämerei? Wo lag Heinz Pulkenats Motivation?**

Pulkenats Einstellung zur DDR war bekannt: Er war Mitglied in der Block-CDU, beteiligte sich aktiv an der Nationalen Front und der dortigen Arbeitsgruppe Christliche Kreise und unterstützte die Einheitslistenwahlen in der

DDR. Öffentlich lobte er die in der Bevölkerung wenig beliebte und verspottete Propagandasendung „Der Schwarze Kanal“ von Karl-Eduard von Schnitzler und distanzierte sich in aller Öffentlichkeit von den, wie er meinte, „negativen Äußerungen seiner Amtsbrüder.“ In der SED-Bezirksparteizeitung „Freie Erde“ bekannte er sich „zum Engagement christlicher Bürger in der sozialistischen Gesellschaft“ und lobte die Verhältnisse im SED-Staat: Die „Freie Erde“ veröffentlichte sein Statement unter der Rubrik „Mein Wort als Christ“ vom 28. September 1976.(49)

Pulkenats Parteinahme zugunsten des SED-Staates muss vornehmlich als eine politische bewertet werden. Und ganz sicher spielte eine gehörige Portion Eitelkeit dabei eine Rolle. Theologische Ansätze, aus denen er sein Handeln ableitete, sind nicht erkennbar. Gerne stellte er sich in die Tradition des Neustrelitzer Landesbischofs Gerhard Tolzien, der nach seiner Absetzung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 beim Basedower Patron Friedrich Franz Graf von Hahn als Pastor eine Anstellung fand und auf dem Friedhof in Basedow 1946 beigelegt wurde. Ebenso wie der Güstrower Landessuperintendent Siegert hatte sich Tolzien 1945 für die von der kommunistischen Partei vorangetriebene Bodenreform ausgesprochen.

Als es um die Enteignung des Eigentums der Familie von Hahn ging, war der kommunistische Orgsekretär und spätere SED-Funktionär Bernhard Quandt zugegen in Basedow. Im Oktober 1979 besuchte Bernhard Quandt Basedow erneut und legte zusammen mit Heinz Pulkenat und der CDU-Ortsgruppe am Grab von Tolzien einen Kranz nieder. Anschließend nahm Quandt am Erntedankgottesdienst teil, wo Pastor Pulkenat ihm die Kanzel für ein politisches Statement überließ. Bernhard Quandt, so ist es nachzulesen, „sprach in der Basedower Kirche mit gro-

ßer innerer Bewegung von ... jenen Tagen“ der Bodenreform.(50) Ohne zu erwähnen, dass den Bauern ihr Land bei der Gründung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft 1960 häufig unter massivem Zwang wieder abgenommen wurde, verwies Quandt von der Kanzel „auf die riesigen Genossenschaftsfelder, die weiten Wiesen und reichen Viehbestände.“(51) Quandt, der für die in den Dörfern noch nicht vergessenen Übergriffe bei der Kollektivierung mit verantwortlich zeichnete, lobte die DDR-Landwirtschaftspolitik. „Dies sei der Weg“, beschloss Quandt seine Ausführungen in der Dorfkirche, „den wir gemeinsam mit Landesbischof Tolzien vor über dreißig Jahren im Oktober 1945 begonnen hätten.“ Und über Pastor Pulkenat und sein Verhältnis zu Bernhard Quandt hieß es: „Der kampferprobte Kommunist und langjährige Funktionär ... und der Basedower Pastor ... suchten und fanden das, was ihnen gemeinsam ist: den Einsatz für eine friedliche Zukunft in unserem Land, in dem erstmalig das werktätige Volk Träger der Macht“ ist.(52)

Im kumpelhaft anekdotischen Stil der sozialistischen Heimaterzählung dargeboten, wird die Geschichte von Tolzien, Quandt und Pulkenat auch in der von Manfred Müller 1989 verfassten Miniatur Mecklenburger Schweiz.(53) Die Idee, dem Kommunisten und späteren Zentralkomitee- und Staatsratsmitglied Quandt die Kanzel zu überlassen, stammte demnach schon von Tolzien. Pulkenats Einladung an Quandt, auf der Kanzel zu reden, habe somit nur das Geschehen von damals aufgegriffen. Betont wurde damit aber auch, dass man gemeinsam in Basedow, wie Müller schrieb, die Zeit der „Patronatsloge“ und „gräflichen Paladine“ überwunden habe, um eine neue sozialistische Ordnung zu schaffen.(54) Offensichtlich war, Pulkenat bekannte sich zu dieser neuen Ordnung und stand somit auf der Seite des

herrschenden Systems. Klar sein musste aber auch: nicht jeder Kirchenbesucher mochte sich mit dem, was an jenem Erntedankfest in Basedow vor sich ging, einverstanden erklären. Zum Teil liegen die Ansichten über das, was damals vor sich ging, bis heute weit auseinander. Während die einen mit dem „roten“ Pastor grundsätzlich nichts zu schaffen hatten, sprechen andere bis heute nicht ohne Stolz von ihrem ehemaligen Pastor, der

mehr als nur ein einfacher Gemeindegemeinsorger sein wollte und auch außerhalb seines Pfarrbezirks eine Rolle zu spielen vermochte. In Basedow sei Dank Pulkenat auch DDR-Politprominenz zu Gast gewesen und Basedow mit seiner Kirche wäre mehr als nur ein Dorf unter vielen anderen mecklenburgischen Dörfern gewesen.

## Quellenangaben

1. Aufschlüsse. Ein Glaubensbuch. Hrsg. Vom Bund und der Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin (Ost) 1977, S. 295, 323.

2. Ebd., S. 323.

3. Vgl. so zu einem Konflikt in Teterow 1985: Rahel Frank: „Realer – Exakter – Präziser“? Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989. Schwerin 2008, S. 498.

4. Joachim Fründt: Kehraus. Lebenserinnerungen aus 70 Jahren. Erlesenes beim Urmecklenburger. Zierow 2010, S. 70.

5. Christian Halbrock: „Freiheit heißt die Angst verlieren“. Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock (Analysen und Dokumente; 40). 2. Auflage Göttingen 2015, S. 83.

6. Rudolf Mau: Der Protestantismus im Osten Deutschlands 1945-199 (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen IV/3). Leipzig 2005, S. 21-24.

7. Fürbittenlisten der verhafteten und verurteilten kirchlichen Amtsträger. Evangelisches Archivzentrum Berlin. Archiv der Kirche Berlin-Brandenburg, K 23, Az 323, Bd. IV, o. Pag.

8. Christian Halbrock: Die Untersuchungshaftanstalt der DDR-Staatssicherheit in Neustrelitz 1953-1987 (Erinnerungsorte in Mecklenburg-Vorpommern; 5). Schwerin 2021, S. 155.

9. Sandra Pingel-Schliemann: Lebenswege ... im Schatten des Staatssicherheitsdienstes. Schwerin 2008, S. 164-178, hier 164.

10. MfS, Abt. XX, VSH/KK Johannes Lohmann, Bundesarchiv. Stasi-Unterlagen-Archiv.

11. Günter Pilgrim. Die Ameisenstraße oder vierzig Jahre Pastor in der DDR. Schwerin 1997, S. 48, 122.

12. MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Ermittlungsbericht, Neubrandenburg, 15.9.1978, Bundesarchiv. Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, III 611/78, p. 24-26, hier 24.

13. Abschrift, Einschätzung und Verhalten des Pastors Pulkenat aus Basedow, 15.3.1977, Bundesarchiv. Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, III 611/78, p. 60.

14. Schreiben Rat der Gemeinde Basedow, betr. Erklärung des Ministers des Innern, Basedow, 4.4.1956,

Bundesarchiv. Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, III 611/78, p. 36.

15. „Das gefällt uns nicht Herr Pastor Pulkenat“ sowie Mitteilung, ohne Angaben zum Aussteller, ohne Datum, Bundesarchiv. Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, III 611/78, p. 104, 39.

16. „Wer trennt die Familien?“. In: Elde-Echo. Organ der Kreisleitung der SED und des Kreisausschusses der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands Parchim, 2. Jg., Nr. 36, 7.9.1961, S. 1.

17. Abschrift: Treffbericht, betr. Vorkommnisse in Basedow, Bundesarchiv. Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, III 611/78, p. 38.

18. Ebd.

19. Rahel Frank: „Realer – Exakter – Präziser“? Wie Anm. 3. Vgl. hierzu die Ausführungen zu Joachim Wiebering (Teterow/Rostock/Leipzig), der eine Zusammenarbeit mit dem MfS ablehnte (S. 80), über den aber eine AIM (Archivierter Inoffizieller Mitarbeiter)-Registrierung und ein AIM-Vorgang (S. 549) vorliegt, bei denen es sich nach Prüfung um eine Vorlauf-Registrierungen und einen Vorlauf-Vorgang handelt. Eine Zusammenarbeit hat bei einem Vorlauf nicht stattgefunden.

20. Rahel Frank: „Realer – Exakter – Präziser“? Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989. Schwerin 2008, S. 49

21. „Pastor Weiß schweigt nicht“. In: Freie Erde. Organ der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED, 19./20.8.1961, Nr. 197, Malchiner Ausgabe [Bericht über seine Rede auf der Wählervertreterkonferenz der Nationalen Front im Wahlkreis II in Dargun]; „Pastor, Tierarzt, Handwerker, Hausfrau – aktive Kämpfer für den Frieden“. In: ebd., 29.8.1961, Nr. 205, Malchiner Ausgabe.

22. MfS, HA V/4, Bericht, Berlin, 9.10.1961, Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen Archiv, MfS, AIM 15450/73, p. 41-43.

23. Ebd.

24. „Feierlichkeiten zum Jahrestag der Gründung der DDR im Kreiskulturhaus“. In: Freie Erde. Organ der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED, 9.10.1961, Nr. 240, S. 6.

25. „Pastor Penitzka sagte: `Auf, Brüder, zur Sonne, zur Freiheit. Ihr seid Menschen und keine Zauberer. Unser Kampf gegen das Wolfsgesetz`“. In: Ebd., 25.9.1963, Nr. 225, Malchiner Ausgabe.
26. Rahel Frank: „Realer – Exakter – Präziser“? Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989. Schwerin 2008, S. 222-232.
27. MfS, BV Rostock, Abt. XX/4, Vorliegende operative Hinweise zu Pentz, Rostock, 3.2.1983, Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen Archiv, MfS, AIM 4321/90, p. 52.
28. Ebd.
29. MfS, HA XX/4, Abschlußbericht zum IM-Vorlauf „xxx“, Reg.-Nr. XV 3257/72, Berlin, 29.7.1980, Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen Archiv, MfS, AIM 23483/80, p. 270.
30. Z.B.: VPI Mitte, Kommissariat I, Beschluß über die Anlage der Kriminalakte Andersen, Verdacht der Förderung der Prostitution gem. § 123 StGB, 5.3.1978, Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen Archiv, MfS, AP 22375/92, p. 25.
31. MfS, BV Rostock, Abt. XX/4, Bericht über das Gespräch mit Landessuperintendent Pentz, Christoph, Rostock, 12.9.1982, p. 63-66, hier 65. Im Widerspruch dazu meint Rahel Frank: 32. „Dankbarkeit brachte Christoph Pentz den beiden MfS-Offizieren sicherlich nicht entgegen.“ Ebd., S. 224.
32. Der seit 1871 geltende § 175 StGB („Unzucht zwischen Männern“) wurde 1957 in der DDR auf sexuelle Handlungen mit Jugendlichen unter 21 Jahren beschränkt. Dieses so genannte Schutzalter wurde 1968 auf 18 Jahre herabgesetzt.
33. BV Neubrandenburg, Abt. V/4, Vorschlag zur Werbung eines GI, Neustrelitz, 28.11.1962 und Abschlussbericht zum IMF „Robert“, Neubrandenburg, 15.8.1978, Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen Archiv, MfS, BV Neubrandenburg, AIM 1419/78, p. 64-67, 85.
34. So Ann-Kathrin Reichhardt über den IM „Prinz“. Ann-Kathrin Reichhardt: Schmuggler, Spitzel und Tschekisten. Wie Stasi und KGB den Bibelschmuggel in die Sowjetunion bekämpften (BF informiert; 43). Berlin 2020, S. 111, 113.
35. MfS, HA V/4, Vorschlag, Berlin, 20.12.1960, Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen Archiv, MfS, AIM 15450/73, p. 19f.
36. MfS, HA V/4, Verpflichtungsbericht, Berlin, 20.12.1960, Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen Archiv, MfS, AIM 15450/73, p. 21.
37. Otto Dibelius: Obrigkeit? Eine Frage an den 60jährigen Landesbischof (Festschrift zum sechzigsten Geburtstag von D. Lilje). Berlin (West) 1959.
38. MfS, HA V/4, Bericht, Berlin, 19.3.1958, Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen Archiv, MfS, AIM 15450/73, p. 22.
39. U.a. MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Auskunftsbericht zur Reg.-Nr. III/611/78, 2.3.1982, Bundesarchiv. Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, III 611/78, p. 5-12. In der BStU-Außenstelle Neubrandenburg wurden die Vorgangsregistriernummern bei den noch nicht abgelegten Vorgängen nach 1989 zugleich als Archivnummer verwandt. Ergänzt wurde die Angabe um die vorgangsführende Diensteinheit.
40. MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Vermerk, Neubrandenburg, 20.11.1978 sowie ebd. Vorschlag zur Gewinnung als IMS, Neubrandenburg, 20.11.1978, Bundesarchiv. Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, III 611/78, p. 4 und 68-70.
41. MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Auskunftsbericht zur Reg.-Nr. III/611/78, 2.3.1982, Bundesarchiv. Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, III 611/78, p. 5-12.
42. MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Bericht über das Kontaktgespräch mit Pastor Pulkenat, Neubrandenburg, 18.9.1978, ebd., p. 63f.
43. Ebd.
44. MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Bericht über das Kontaktgespräch mit Pastor Pulkenat, Neubrandenburg, 29.9.1978, ebd., p. 65f.
45. MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Vorschlag zur Gewinnung als IMS, Neubrandenburg, 20.11.1978, ebd., p. 68-70, hier 69.
46. Ebd.
47. Quittungsbelege, ebd. P. 126-129.
48. Verbindungen des „H. Puchalla“, ebd., p. 135-293.
49. MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Auskunftsbericht zur Reg.-Nr. III/611/78, 2.3.1982, ebd., p. 5-12; MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Ermittlungsbericht, Neubrandenburg, 15.9.1978, ebd., p. 24-26, hier 24; Einschätzung Pastor Pulkenat, Heinz, 4.10.1976, ebd. p. 61
50. Nobert Podewin: Bernhard Quandt (1903-1999). Ein Urgestein Mecklenburgs. Rostock 2006, S. 248. Zitiert wird hier aus: Mecklenburgische Kirchenzeitung, 34. Jg., Nr. 42, 21.10.1979.
51. Ebd.
52. Ebd.
53. Manfred Müller war von 1974 bis 1976 Redakteur bei der SED-Bezirkszeitung Freie Erde.
54. Manfred Müller: Die Mecklenburgische Schweiz unter anderem. Eine Miniatur. Leipzig 1989, S. 20f.

# Methoden und Aktionen der Einflussnahme durch das MfS und staatliche Stellen

Anne Drescher,

Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur



Berichte aus einem Betroffenen-Akte (1):

- Pastor H. täuscht die staatlichen Funktionäre durch sein „unbefangenes Verhalten“. Seine wirkliche Haltung ist gegen die Politik der DDR gerichtet. Er steht stark unter dem Einfluss „negativer“ BRD-Bürger (2)
- Der IM hat auftragsgemäß den Kontakt zu Angehörigen des GKR (Rambow) weiter unterhalten und insbesondere die stellv. Vorsitzende in ihrer Haltung bestärkt, dass sie sich als GKR gegen die bisherigen Praktiken des H. verwahren sollen.
- Unter den Teilnehmern kursierte schriftliches Material, dessen Inhalt und Herkunft der Quelle nicht bekannt ist.
- Wie aus der beiliegenden Information deutlich wird, ist durch die gezielte Einflussnahme der Quelle [...] der angestrebte Prozess einer innerkirchlichen Auseinandersetzung mit H. erfolgreich in Gang gesetzt worden.
- Bei H. werden erste Wirkungserrscheinungen der Auseinandersetzungen sichtbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben nun durch Herrn Dr. Halbrock einen Überblick über die Struktur und Wirkmöglichkeiten der Maßnahmen bekommen, die historische Einordnung. Ich möchte nun die Perspektive wechseln und die Betroffenenenseite in den Blick nehmen.

Es geht um Methoden und Aktionen der Einflussnahme durch das MfS und staatlicher Stellen. Man darf hier nicht die Staatsicherheit isoliert betrachten. Auch die Polizei und weitere staatliche Stellen und andere Institutionen waren an der Überwachung, der zielgerichteten „Bearbeitung“ und Zersetzung Andersdenkender in unterschiedlichen Ausmaßen beteiligt.

Das POZW – politisch operative Zusammenwirken – wie es im Stasi-Sprech genannt wird, beinhaltet:

*„Im politisch-operativen Zusammenwirken sind die Potenzen der anderen Organe, über die diese zur Lösung ihrer Aufgaben verfügen, für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit zu erschließen und zur vollen Wirksamkeit zu führen.“*

Wer mit den anderen Organen gemeint war, steht auch im Wörterbuch der Staatssicherheit: DVP, ABV, Kripo, Paß- und Meldewesen, Abt. Inneres, NVA, WKK, Amt für Arbeit, Kaderabteilungen der Betriebe, ABI, Reisebüro, Zollverwaltung, Zivilverteidigung, uvm.

Das ist nicht nur Theorie, sondern erlebte Praxis, wie wir wissen und in den Akten Betroffener nachlesen können.

Kirchen und Christen in der kommunistischen Welt gehörten von Anfang an zum erklärten Feindbild. Erich Mielke sah in der Kirche eine „legale Position der feindlichen Kräfte in der DDR“. Die galt es zu bekämpfen.

Betroffene von SED-Unrecht, mit politischer Haft, Verletzungen an Leib und Seele, Schäden an Eigentum, Einkommen und beruflichen Fortkommen sind

über die gesamte DDR-Zeit in unterschiedlichen Ausmaßen zu finden. Von den politischen Repressionen in der DDR waren Christen in allen Bereichen überproportional häufig betroffen.

Christliches Bekenntnis und offene Kirchenzugehörigkeit bedeuteten nicht selten das Ende aller schulischen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten: Verweigerung von Abitur und Studium, Verhinderung von Promotionsvorhaben, Kündigungen. Gerade in den Anfangsjahren der DDR wurden tausende (über 3.000) christliche Schüler relegiert, die Mitglieder der Jungen Gemeinden waren. Die Jungen Gemeinden wurden als illegale Jugendorganisationen bezeichnet. Hunderte Studenten, die Mitglieder der ESG und KSG waren, wurden exmatrikuliert, kirchliche diakonische Einrichtungen wurden geschlossen, Gebäude beschlagnahmt, Bahnhofsmissionen wurden geschlossen und konfessionellen Pflegeheimen drohte die Enteignung, selbst vor Sprengungen von intakten Kirchenbauten schreckten die Genossen nicht zurück.

Merkmale totalitärer Regime sind auch, dass bei allen Repressionen auch Ausnahmen existierten, um Chancengleichheit zu demonstrieren und über die wahren Absichten zu täuschen. Wir kennen alle die Geschichten von Pastorenkindern, die Abitur machen durften oder von einem engagierten Mitglied eines Kirchengemeinderates, der trotzdem als privater Handwerker weiterarbeiten durfte.

Die vielschichtigen Maßnahmen des Staates gegen die Kirchen und ihre Mitglieder, zielten eben auch darauf ab, kirchliche Einheit und Geschlossenheit aufzubrechen.

Wenn wir vom Vorgehen gegen Andersdenkende sprechen, gibt es entsprechend der Zeiträume, auf die wir schau-



en, sehr unterschiedliche Vorgehensweisen.

Während der sowjetischen Besatzung konnten die Kirchen noch relativ ungestört arbeiten, das Verhältnis war distanziert, aber nicht feindlich. Erst zu Beginn der 1950er-Jahre begann der Kampf gegen sie: neben den schon genannten Verfolgungsmaßnahmen wurde im Kirchenkampf zunehmender Druck ausgeübt. Neben massiven direkten Angriffen setzte man auch auf ideologische Auseinandersetzung. Indem die Jugendweihe eingeführt und der Religionsunterricht aus den Schulen verbannt wurde, entzog der Staat der jungen Generation den weltanschaulichen Einfluss der Kirchen. Die SED wollte ihren Anspruch auf alleinige Gestaltung der Gesellschaft mit allen Mitteln durchsetzen. Die Kirche war der weltanschauliche Gegner der SED. So wurden allein vom Januar 1953 bis April 1953 über 50 kirchliche Mitarbeiter verhaftet, Diakone, Pastoren, Katecheten...

Die Eskalation setzte sich auch in den Folgejahren fort. Neben der Jugendweihe wurden ab 1957 in allen Bezirken der DDR sozialistische Ersatzrituale für Taufe, kirchliche Trauung und Beerdigung eingeführt. Im Oktober 1957 kam es zu einer scharfen Eskalation. Propst Otto Maercker aus Pampow hatte es abgelehnt, die Tochter des LPG-Vorsitzenden, die an der Jugendweihe teilgenommen hatte, in Holthusen kirchlich zu bestatten und ihr eine normale Grabstelle zu geben. Die SED inszenierte daraufhin eine beispiellose Pressekampagne gegen Propst Maercker. Staatliche Stellen und die Nationale Front unterstützten die SED mit eigenen Verlautbarungen und umfassenden Broschüren „gegen den Unmenschen im Priesterrock“ (3), er wurde im Oktober 1957 verhaftet und in einem Schauprozess angeklagt.

Landesbischof und Oberkirchenrat versuchten Propst Maercker zu schützen und traten für eine ruhige und gründli-

che Untersuchung ein. Das Bezirksgericht Schwerin verurteilte Propst Otto Maercker jedoch am 19. Dezember 1957 wegen "Boykotthetze" zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus.

Mit Hilfe von ideologischen Kampagnen und repressiven Maßnahmen gelang es der SED die Wirkmöglichkeiten der Kirche einzuschränken.

Die Angst, die das öffentlich statuierte Exempel in der Bevölkerung hinterließ, saß tief. Noch 1959 vermerkte der Rat des Kreises Wismar dazu: „Die Popularisierung unserer marxistischen Weltanschauung durch die Presse, die im Jahre 1957/1958 eine recht intensive war (Fall Maercker und andere Vorkommnisse), widerspiegelte sich in Kirchengaustritten.“ (4)

1945 waren 90 Prozent der Menschen in Ostdeutschland Kirchenmitglieder, 1989 noch etwa 25 Prozent.

Im Kampf gegen die Kirche, bei der Zurückdrängung der Kirche, spielte das Ministerium für Staatssicherheit eine wichtige Rolle. Die Zuständigkeit lag bei der MfS HA XX/4 mit den Aufgaben:

- Konspirative Durchdringung der Kirchen zur Informationsgewinnung,
- Zur Zersetzung von oppositionellen und kritischen Haltungen bzw. der Zurückdrängung dieser aus der Öffentlichkeit und
- Auf einer umfassenden Einflussnahme im Vorfeld offizieller kirchlicher Entscheidungen zugunsten der Politik der SED. (5)

Nur mit seinen konspirativen Kontakten konnte das MfS seine Interessen durchsetzen. Oder wie Staatssicherheitsminister Erich Mielke formulierte: „Die IM sind die Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind“.

Wie das zu erfolgen hatte, war u.a. Lehrgegenstand an der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicher-

heit in Potsdam. Hier entstanden über 4.000 Diplom- und Abschlussarbeiten und knapp 200 Promotionen. In etlichen der Forschungsarbeiten geht es um den Umgang mit der Kirche, zum Beispiel die Fachschulabschlussarbeit von Eckhard Kufahl: „Welche wesentlichen Momente sind im Gewinnungsprozeß von Theologen für die Zusammenarbeit mit dem MfS zu nutzen?“, eingereicht am 4.1.1979, oder die Facharbeit von Jürgen Lorenz: „Wie kann nach erfolgter Werbung eines evangelischen Theologen für die inoffizielle Zusammenarbeit das Vertrauensverhältnis zum MfS und dem IM-führenden Mitarbeiter entwickelt werden?“ (von 1980).

Lorenz meint, mit Blick auf die Theologen müssten „Einschränkungen der Qualitätsansprüche im Einzelfall möglich“ sein, mit anderen Worten: um das Beichtgeheimnis sei nicht herumzukommen. Es gebe auch „individuelle Lebensgewohnheiten oder Moralauffassungen“, die man bei den Treffen akzeptieren müsse. Auch die bei „Theologen-IM“ verbreitete mündliche Berichterstattung gehöre dazu. Die durchgeführten Untersuchungen bestätigen die Erfahrung, dass Theologen-IM im kirchlichen Dienst in der Regel keine schriftlichen Berichte anfertigen.“ Und auch nichts unterschreiben würden.

Lorenz merkte an, dass „Theologen –IM“ gerne Verantwortung übernehmen würden, worauf man gut aufbauen könne. Man dürfe aber gegenüber „Theologen-IM“ nicht von einem "Auftrag" sprechen, sondern „Ein Theologe wird in der Regel um seine Hilfe in einer bestimmten Sache gebeten.“ (6)

Die konspirative Arbeit mit innerkirchlichen IM schaffte dem MfS Zugänge für unglaubliche Eingriffe in die Kirche:

- sie ermöglichte und stützte Differenzierungsstrategien der SED/MfS
- sie behinderte die Entfaltung einer politischen Opposition im Umfeld der Kirche

- und sie ermöglichte die Kontrolle der kirchlichen Öffentlichkeit durch SED/MfS

Das nichts dem Zufall überlassen werden sollte, sehen wir an weiteren Schriften der Juristischen Hochschule:

Diplomarbeit, 31.12.1983, Olt. Rainer Schimnick, Abtl. XX:

„Die Hauptaufgaben des Einsatzes inoffizieller Mitarbeiter bei der Aufspürung und Bekämpfung unter dem Deckmantel des Pazifismus vorgetragener subversiver Angriffe, dargestellt am Beispiel der ESG Rostock“

Diplomarbeit, 28.01.1972, Hptm. Artur Staigies, KD Rügen:

„Die Gewinnung von Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren für die inoffizielle Zusammenarbeit mit den Dienstleistungen des Ministeriums für Staatssicherheit“

Diplomarbeit, 19.04.1989, Offiziersschüler Jan Fencik, BV Neubrandenburg, KD Waren:

„Probleme der Suche, Auswahl und Gewinnung von jugendlichen IM zur politisch-operativen Durchdringung der ‚Jungen Gemeinden‘ der evangelischen Kirche sowie Vorbereitung und Einsatz zur inoffiziellen Arbeit unter den Bausoldaten der NVA in Zusammenarbeit mit der HA I“

Aufschlussreich auch diese Promotion: Promotion, 25.04.1979, von 14 Personen eingereicht, 10 erhielten den Grad eines Doktors (Dr.sc.jur, 3 erhielten Dr. jur. magna cum laude), drei erhielten eine staatliche Auszeichnung (z.B. den Friedrich-Engels-Preis) und einer den Ehrenpreis „Held der Sowjetunion Dr. Richard Sorge“, für die Forschungsleistung:

„Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten politischen Untergrundtätigkeit.“

Promotion, 10.06.1983, 5 Personen  
„Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen ‚inneren Opposition‘ in der DDR“

Anwendung fanden hier auch die psychologischen Erkenntnisse, die an dieser juristischen Hochschule Potsdam gelehrt wurden in der Sektion Politisch-operative Spezialdisziplin, am Lehrstuhl für Operative Psychologie.

Und damit kommen wir zu der Richtlinie 1/76, den Zersetzungsmaßnahmen. Was steckt hinter diesem Begriff Zersetzungsmaßnahmen?

Zersetzung ist eine spezifische Methode der politischen Repression, eine Bestrafung ohne Urteil. Sie zielt darauf ab, bei Oppositionellen Lebenskrisen hervorzurufen, sie tiefgreifend zu verunsichern, psychisch zu belasten. Sie findet nicht offen, sondern verdeckt statt. Der Urheber ist nicht auszumachen und der Betroffene hat es schwer, die Verfolgung zu beweisen, geschweige denn sich dagegen zu wehren. Das Charakteristische der Zersetzungsmaßnahmen ist die Anonymität der Gewalt und sie ist persönlichkeitsorientierte Gewalt, d.h. sie sind passgenau auf die Individualität des Verfolgten abgestimmt.

Im Auftrag der SED wurde an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam am Lehrstuhl für operative Psychologie durch die dort tätigen Psychologen die Richtlinie 1/76 entwickelt, in der die Zersetzungsmaßnahmen begründet sind.  
(7)

Anstelle einer Inhaftierung sollten die Betroffenen psychisch zerstört, persönlich und beruflich ausgegrenzt und so „unschädlich“ gemacht werden.

In den Rehabilitierungsverfahren wurden sie bisher nicht berücksichtigt, das änderte sich erst mit der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze 2019. Der für eine Rehabilitierung notwendige Nachweis der politischen Verfolgung ist kaum zu erbringen.

Wie soll auch bewiesen werden, was z.B. die Staatssicherheit mit ihren Zersetzungsmaßnahmen nach MfS-Richtlinie 1/76, „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes“, „systematische Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge“ oder „Erzeugen von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen“ im Leben der Betroffenen angeichtet hat?

Die Anwendung der Richtlinie 1/76 war Bestandteil in Operativen Personenkontrollen und Operativen Vorgängen. Das Ausmaß der angewandten Maßnahmen lässt sich an folgenden Zahlen verdeutlichen: Allein 1988 wurden 7097 OPK neu eingeleitet, 19.169 insgesamt bearbeitet und 7908 abgeschlossen. Im gleichen Jahr eröffnete das MfS 1660 neue operative Vorgänge, insgesamt wurden 4543 OV bearbeitet und 1750 abgeschlossen. Neben Oppositionellen waren die Ausreisearbeitgeber eine klassische Zielgruppe für Zersetzungsmaßnahmen. Also Personen, die heute vorwiegend in den alten Bundesländern leben. Diese Formen der politischen Verfolgung hatte für die Betroffenen erhebliche psychosoziale Auswirkungen.

Durch die Zersetzung zerstörte das MfS nachhaltig Biografien und dies vor allem auf zwei Ebenen: auf der beruflichen und der sozialen. Das MfS verhinderte Fortbildungs- und Aufstiegschancen von Personen. Es organisierte deren berufliche Abqualifizierung, wies ihnen einen neuen Arbeitsplatz zu, verringerte ihr Gehalt, inszenierte das Ausbleiben öffentlicher und betrieblicher Anerkennung und setzten den Ausschluss der Verfolgten aus Berufsverbänden um. Über die Zerset-

zung störte das MfS darüber hinaus die zwischenmenschlichen Beziehungen. Es zerrüttete die Ehen von in OV verfolgten Menschen, zerstörte Familien und Freundschaften. Vor allem der Schmerz über den irreparablen Verlust von Ehe und Freundschaften sitzt bei vielen Betroffenen noch tief. Alles Stabilisierende und Vertraute im Leben, das innere und äußere Koordinatensystem gerät aus den Fugen. Die Intentionen der Zersetzungsmaßnahmen zeigten Erfolg.

Sie beschädigten vor allem das Selbstwertgefühl. Die Schuld für Beeinträchtigungen durch Personen und Strukturen schreiben sich viele Menschen selbst zu, durch eigenes Fehlverhalten, Unvernunft, Uneinsichtigkeit. Oft genug wurde ihnen dies ja auch durch das Umfeld gespiegelt: Du bist selbst schuld an deiner Situation. Eine Auswirkung ist bis heute verbliebenes Misstrauen. Eine andere Form ist Schweigen, nicht darüber sprechen, selbst gegenüber engsten Familienangehörigen.

In der kirchlichen Arbeit haben die Zersetzungsmaßnahmen schwere Schäden angerichtet. In der Arbeit und an den betroffenen Menschen.

Das gesellschaftliche Engagement der Christen (Protestanten), die Eigenständigkeit der Kirche, stellte die Allmacht der Partei in Frage. Soziale, wirtschaftliche und politische Konflikte der Gesellschaft, die in der Kirche diskutiert wurden, verstanden die Genossen als Angriff auf ihre Ideologie. Reagiert wurde mit vollem Einsatz von nichtöffentlichen konspirativen Methoden als „Kirchenpolitik“ und innerkirchlichen Differenzierungsstrategien seitens der Partei, des MfS und mit Unterstützung des POZW.

Ein Beispiel: die Veranstaltungsverordnung, die den Handlungsspielraum der Kirchen immer weiter einengte. Mit der neuen Verordnung von 1970/71 galten zunehmend im Wesentlichen nur noch kultische Handlungen als kirchliche Ver-

anstaltungen. Die Volkspolizei beschied den Pastoren, es sei „nicht Aufgabe der Kirche allein zu entscheiden, was religiöse Handlungen sind. Diese sind in der Verordnung verbindlich festgelegt.“ (8) In kaum einer anderen Landeskirche gab es infolge der neuen Verordnung mehr Ordnungsstrafverfahren als in Mecklenburg. Insgesamt verhängte die Volkspolizei allein zwischen Mitte 1971 und Mitte 1973 dreiundvierzig Ordnungsstrafen zwischen 50 und 300 Mark gegen Pastoren und kirchliche Mitarbeiter der Mecklenburgischen Landeskirche.

Partei, MfS und Polizei besprachen in vielen ihrer Sitzungen der 70 und 80er Jahren das gemeinsame Vorgehen gegen die Kirchen, die „staatlich unabhängige Friedensbewegung“ und die „innere Opposition“. Die kirchliche Friedensarbeit wurde als „pseudopazifistisch“ und „verleumderisch“ eingestuft und auch den Umweltgruppen galt der Vorwurf, „Umweltschäden und -verschmutzungen“ auf „pessimistische, beunruhigende oder verleumderische“ Weise darzustellen und zu „demonstrativen Aktionen“ aufzurufen (wie „Eingaben an die Staatsorgane, demonstrative Baumpflanzungen, Durchführung von Fahrradkorsos, demonstratives Ablegen von abgestorbenen Bäumen und Unrat auf öffentlichen Straßen und Plätzen“).(9) Gegen die „Inspiratoren und Organisatoren zahlreicher provokativer Handlungen und Aktionen gegen die Friedens-, Verteidigungs- und Umweltpolitik der DDR“ galt es vorzugehen, auch mit Mitteln der Richtlinie 1/76.

So finden sich in den Maßnahmeplänen gegen kirchliche Mitarbeiter und Pastoren Vorhaben formuliert wie:

- offensive Diskreditierung und Diskriminierung des XY gegenüber der Gesellschaft, seiner Familie und der ELLKM
- auf der Grundlage aktueller Informationen von IM, den laufenden operativ-technischen Maßnahmen der Abteilung 26 sind zur Kontrolle und Dokumentie-

rung geplanter, insbesondere Öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten und Aktionen, der Erarbeitung und Dokumentierung kompromittierenden Materials, kurzfristig Observationen und andere zweckentsprechende politisch und operativ vertretbare Maßnahmen zur Erlangung von Beweismaterial durchzuführen.

- Anwendung einer operativen Kombination zur Öffnung des Dienstwagens des XY und Ablegen kompromittierenden Materials unter der Fußmatte des Wagens
- durch den gezielten Einsatz ausgewählter IM im kirchlichen Bereich wurde erreicht, dass XY innerhalb der Landeskirche im Misskredit gebracht wurde. (Beurlaubung und Kündigung)

Pastoren, die resignierten und mit ihren Familien aus der DDR ausreisten, haben aus der Sicht der Kirchenleitung ihre Gemeinden im Stich gelassen. Ihre Ordinationsurkunde musste an die Kirchenleitung zurückgegeben werden. Das bedeutete zumindest ein zeitweiliges Berufsverbot für die weit über 100 Pfarrer, die der DDR seit dem Mauerbau den Rücken kehrten. Ohne Ordinationsurkunde und damit ohne Ordinationsrechte bekam keiner von ihnen im Westen eine Pfarrstelle. Die westdeutschen Landeskirchen hielten sich an die Vorgaben der ostdeutschen Partnerkirchen. Die Pfarrer erhielten mindestens für zwei bis drei Jahre keine Anstellung.<sup>(10)</sup> Auch darüber muss heute in der Kirche gesprochen werden.

Und die Inoffiziellen Mitarbeiter, deren Spitzeldienste die Zersetzungsmaßnahmen mit beförderten? Zwei Punkte dazu:

1. Es gab in der Kirchenleitung Diskussionen um Kontakte zu SED und MfS, und der allen bekannte Konsens war: keine Kontakte!

2. Aufzuhören war einfach. Ein klares „Nein“ verstand auch die Stasi und hat es akzeptiert.

Was juristische Aufarbeitung nicht leisten kann, muss die Gesellschaft übernehmen. Neben den staatlichen Bemühungen um Rehabilitierung und Wiedergutmachung gehört auch der gezeigte Respekt vor den Opfern früherer politischer Verfolgung. Dazu gehört auch, dass das kollektive Gedächtnis Unrechtsepochen der deutschen Geschichte weder im politischen Diskurs und im Schulunterricht, noch im familiären und auch nicht im kirchlichen Kontext verdrängt.

Die unbesprochenen Geschichten sind wie offene Wunden. Man kann nicht einfach die Angelegenheit für erledigt erklären und wieder zur Tagesordnung übergehen. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kann noch nicht abgeschlossen sein, solange es Betroffene gibt, die daran und an dem heutigen Umgang mit der Geschichte, leiden.

#### Quellenangaben

1. OPK „Alternative“ 1985
2. BV NB Abt. XX III611/78
3. Georg Diederich u.a.: Jugendweihe in der DDR, Hrsg: LpB MV, S. 32.
4. Diederich: Jugendweihe in der DDR, S. 39.
5. Neubert, Erhart: Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe, Potsdam 1993, S. 21.
6. Anmerkungen hierzu aus einem Referat „Einsam oder gemeinsam? Die Greifswalder Landeskirche und die DDR-Kirchenpolitik 1980 bis 1989“ von Dr. Rahel Frank vom 02.02.2017.
7. 1971 Honecker, Verstärktes Bemühen der DDR um internationale Anerkennung, Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975, Beobachtung der Einhaltung der Menschenrechte in der DDR, Zahl der politischen Häftlinge durfte nicht steigen.
8. Georg Herbstritt: Die Lageberichte der Deutschen Volkspolizei im Herbst 1989, Schwerin 1998, S. 262.
9. Georg Herbstritt: Die Lageberichte der Deutschen Volkspolizei im Herbst 1989, Schwerin 1998, S. 279.
10. Deutschlandfunk Kultur, Pfarrerflucht aus der DDR, 13.08.2011.

# Erfahrungsbericht zum Thema Staat und Kirche im Kirchenkreis Malchin 1980-1990

Rüdiger Timm,

Landessuperintendent i.R.



Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder!

Besonders möchte ich die unter uns begrüßen, die noch mit mir zusammen Dienst getan haben in diesem Kirchenkreis Malchin mit seinen damals fünf Propsteien.

Es gibt wohl kaum einen Landessuperintendenten, der wie ich seine Dienste in der Kirche in *einem* Kirchenkreis ausgeübt hat. Vikar in Schorrentin/Neukalen, hier ganz in der Nähe, 1956/57, danach Pastor in Breesen von 1957-1969— Propst in Stavenhagen von 1969-1975 und dann Landessuperintendent in Malchin von 1976 bis zum Ruhestand 1996.

Immer an der Grenze zu Pommern entlang und damit auch in Nachbarschaft und in Verbindung zur Pommerschen Kirche und den dortigen Pastoren.

Als ich meinen Dienst in Malchin begann, da gab es im Kirchenkreis 49 Pfarrstellen. Von Zusammenlegungen und Vereinigungen war noch kaum die Rede. Das Besondere der beiden östlichen Mecklenburgischen Kirchenkreise Malchin und Neustrelitz im damaligen politischen Bezirk Neubrandenburg war das, dass sie fernab des Zentrums der kirchlichen Verwaltung „Oberkirchenrat“ in Schwerin lagen. Mein Vorgänger im Amt, Landessuperintendent Martin Lippold, pflegte im

Spaß zu sagen: Aus Schweriner Sicht hört hinter Güstrow die Kulturlandschaft mit den Zentren Rostock, Wismar und Schwerin auf und es beginnt der „ferne Osten“. War es nur Spaß?

Der Trend `gen Westen war sicher auch in der Kirche zu spüren, heraus aus dem „Tal der Ahnungslosen“, das war der Teil der DDR, in dem Westfernsehen nicht oder kaum möglich war. Das hatte für die Kirchengemeinden den Vorteil, dass diese beiden Kirchenkreise vom Predigerseminar aus mit vielen jungen Pastoren, also Anfängern, besetzt wurden. Und Jugend ist ja in der Regel nicht sehr angepasst, eher oppositionell eingestellt.

Aber nun zu den 1980er-Jahren, die uns ja heute besonders beschäftigen. Vorneweg muss das gesagt werden, was uns und den jungen Pastoren damals mit auf den Weg gegeben worden ist, das waren die kirchenpolitischen Leitlinien unserer Landeskirche, geprägt durch unseren damaligen Landesbischof Heinrich Rathke. Diese Leitlinien waren: Keine Konfrontation, aber auch keine Anpassung. Also nicht „gegen“, nicht „mit“ sondern „für“. Dabei sollte möglichst der offene Blick für die Wirklichkeit behalten werden.

In Anlehnung an Bonhoeffer hatte Rathke solche und ähnliche Formulierungen auf der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR 1971 in Eisenach geprägt und auf den Weg gegeben. Das Thema war damals „Zeugnis und Dienst der Gemeinde“. An diesen Sätzen schieden sich seitdem aber auch die Geister, auch die „kirchlichen Geister“. Das merkten wir Mecklenburger z.B. bei Zusammenkünften auf Bezirksebene, auf denen auch pommersche Geistliche und Präpste dabei waren.

Das Gegenteil natürlich dieses Weges „Kirche für Andere“ war die Einstellung der Funktionäre des Staates, in der eine ganze Gesellschaft zum Hass und zum

Kampf gegen den Klassenfeind erzogen werden sollte. Um dieses Ziel zu erreichen waren, wie wir alle wissen, alle Mittel recht.

Bei manchen Worten und bei dem, was dahinter steckt, kann einem heute noch das Grausen ankommen. *Instrumentalisierung, Isolierung, Zersetzung, Disziplinierung bis hin zur Liquidierung.*

Diese „Ung-Worte“ sind Fachausdrücke der Stasi, auch wenn sie uns damals nicht so brutal gegenwärtig waren. Ihnen musste entgegengewirkt werden. Der zur Zeit gezeigte Film über Ehepaar Honecker in Lobetal zu dieser und der demgegenüber kirchlich-christlichen Einstellung führt uns das noch einmal deutlich vor Augen. Ende der 1970er Jahre nach dem sog. Grundsatzgespräch zwischen dem Vorstand des Bundes der DDR-Kirchen und dem Staatsrat der DDR am 06. März 1978 schien es fast so, als sei der kirchenfeindliche Kurs der SED und das Staates gemildert, wenn nicht sogar überwunden, doch, wie sich schnell herausstellte, trotz der Schein.

Auch manche Erleichterung am Anfang der 1980er-Jahre, Lutherfeierlichkeiten, Kirchentag, Reiseerleichterungen u.a.m. brachten letztlich keine „neue Qualität“ in der Beziehung zwischen Staat und Kirche. Es blieb von Seiten des Staates aus beim Konfrontationskurs. Trotz alledem war es unser Bemühen als Kirche, gesprächsoffen zu bleiben.

Und nun etwas konkreter zum Kirchenkreis Malchin:

Wir Älteren haben ja alle unsere Erfahrungen aus dieser Zeit. Aus vielen Einzel- und Gruppengesprächen mit der „Abteilung Inneres“ auf Kreis- und Bezirksebene war immer wieder zu hören, manchmal derb und plump, auf Bezirksebene schon sehr viel höflicher und intelligenter: „Wir haben die Macht, und danach hat sich auch die Kirche zu richten“. Der Staat wünschte sich also die

## Fazit

Zustimmung der Kirche zum „real existierenden Sozialismus“, dafür wollte er die Kirche dann in ihren Bereichen gewähren lassen, sie also sozusagen „im eigenen Saft schmoren lassen“, mit Scheuklappen auf den Augen für das, was nebenan in der Welt passiert. Das wäre dann wohl etwa so, wie heute in Russland, die Stellung und die Stellungnahme der Oberen der Orthodoxen Kirche, zum real existierenden Diktator Putin. Wer anders denkt und redet, der muss von der Bildfläche verschwinden.

Einige Erfahrungsbereiche aus den 1980er-Jahren, die immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den staatlichen Stellen führten, seien hier nur angedeutet:

*Wehrkunde* in den Schulen, die wohl Ende der 1970er-Jahre eingeführt wurde. *Wehrdienst* gab es schon seit 1965. In Zusammenhang damit natürlich die *Friedensbewegungen* und Friedensmärsche. Hier nenne ich besonders die Orte Vipperow, Röbel, Kittendorf, Rambow und Teterow. Dazugehörige Personen sind ja unter uns heute. Auch *Wahlen* und „*Schwerter zu Pflugscharen*“ waren ständige Auseinandersetzungsthemen.

Alle diese Themenbereiche haben deutlich gemacht, wie weit Theorie und Praxis auseinanderdrifteten. Anlässlich eines Friedensseminars in Teterow z.B. wurde vom Landessuperintendenten staatlicherseits erwartet, eine Ausstellung zu verbieten, in der angeblich staatsfeindliche Fotos gezeigt würden. Ich sollte nicht nur selbst diszipliniert werden, sondern die Pastoren auch disziplinieren.

In diesem Zusammenhang denke ich auch an unseren Kirchenkreistag in Waren 1984 unter dem Thema „Leben heißt hoffen“, auf dem auch alle diese Themen mehr oder weniger zur Sprache kamen.

Ich für meine Person will nicht abstreiten, dass die vielen Gespräche mit den sog. Staatsorgangen nicht auch auf mich, wenn auch unbewusst und unbemerkt, gewirkt haben. Niemand von uns hat wohl wirklich gewusst oder auch nur geahnt, wie perfide, wie grausam und unmenschlich die Machenschaften und die brutale Vorgehensweise des MfS gegen die sogenannte Staatsfeinde gewesen sind, und wie hier und da die Zersetzungs- und Instrumentalisierungsstrategie doch auch gewirkt haben.

Auch Pastor Pulkenat, von dem im gestrigen „Nordkurier“ so viel die Rede war, ist instrumentalisiert worden zugunsten der Belange des Staates. Andererseits haben wohl hoffentlich unser Verhalten und unser Tun als sogenannte „kirchliche Obrigkeit“ auch dazu beigetragen, missliebige Personen zu schützen und letztlich hinter ihnen zu stehen. Verurteilungen nach der einen oder auch nach der anderen Seite hin sind immer schwierig. Urteilen dagegen sollte man schon, und dazu trägt ja der heutige Tag bei.

Egon Krenz, letzter Staatsratsvorsitzender der DDR, wegen Totschlags verurteilt, sagt heute noch, wie kürzlich in der Zeitung zu lesen war, dass die DDR der einzige deutsche Friedensstaat gewesen sei, denn Kriege würden immer nur von imperialistischer Seite her entfacht. So einfach ist es nicht mit Krieg und Frieden, mit wahr und falsch. Das sehen und hören wir täglich.

Möge der heutige Tag und die Gespräche über die damalige Zeit zu Frieden und Versöhnung beitragen.



# Erfahrungsbericht zum Thema Staat und Kirche im Kirchenkreis Malchin 1980-1990

Pastor i. R. Markus Meckel,

Außenminister a.D.



Wieder einmal brach in den letzten Wochen und Monaten in der Kirche unaufgearbeitete Geschichte auf.

Anlass dafür war, dass der Kirchengemeinderat der Kirchengemeinde Gielow für den ehemaligen Pastor Heinz Pulkenat eine Sondergenehmigung für dessen Grabgestaltung auf dem Friedhof von Basedow erteilte. Diese wurde als Würdigung seiner Verdienste für die Gemeinde verstanden, wobei seine im Auftrag der Staatssicherheit gegen die Kirche gerichtete Tätigkeit völlig ausgeblendet wurde. Diese ist nach Aktenlage ab 1978 belegt. Dadurch fühlten sich die ehemaligen Opfer verletzt und protestierten gegen diese Entscheidung.

Gegen Heinz Pulkenat gab es 1994 ein kirchliches Disziplinarverfahren, wobei seine Stasiakte nicht vorlag - und man beließ ihm seine Ordinationsrechte, da er schon im Ruhestand war.

Die Abläufe des Streits darüber mehr als 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung zeigen, wie schwierig es offensichtlich für die Entscheidungsträger war, die kirchliche Situation in den 1980er-Jahren und die Konflikte zwischen Staat und Kirche und auch innerhalb der Kirche zu verstehen.

Die Kenntnisse über die kirchliche Situation in der DDR sind heute in der Generation derer, die Verantwortung tragen, gering. Die nächste Generation hat die

Verantwortung übernommen, viele Entscheidungsträger kommen aus dem Westen des Landes und kennen diese Geschichte nur schemenhaft, da sie in den vergangenen Jahren nur ungenügend aufgearbeitet wurde.

In der EKD ist es, wie bei den meisten in der deutschen Gesellschaft: Die deutsche Geschichte fand bis 1945 und nach 1990 gemeinsam statt. Die Zeit dazwischen, also 1945-1990, spielte sich deutsche Geschichte im Westen ab, die Geschichte im Osten blieb eine Sache für Spezialisten und für Betroffene, jedenfalls gehört sie irgendwie nicht dazu.

Dabei wird vergessen, was grundlegend ist, sowohl für die allgemeine Geschichte, in besonderer Weise aber für die Kirchen: Die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war eine geteilte Geschichte, beide (!) Teile können ohne die Beziehung zum jeweils anderen überhaupt nicht verstanden werden! Diese Erkenntnis hat sich jedoch bis heute nicht durchgesetzt.

Zu ihr würde etwa auch gehören, dass die EKD die Geschichte des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR 1969 - 1991 als Teil der eigenen Geschichte versteht und in die Darstellung derselben einbezieht. Davon sind wir leider noch sehr weit entfernt.

Die Nordkirche hätte durch ihre in Deutschland einzigartige Struktur die Chance, hier für die EKD Vorreiter zu sein. Sie besteht aus Landeskirchen, die früher zur Bundesrepublik und solchen, die zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR gehörten. So könnte sie ein Beispiel geben, wie diese DDR-Geschichte der Kirchen in all ihrer Ambivalenz als Teil der gemeinsamen Geschichte anerkannt – und aufgearbeitet wird.

1989 und in den folgenden Jahren galten die evangelischen Kirchen in der DDR in der öffentlichen Wahrnehmung gewisser-

maßen als „Mutter der Revolution“. Das war gewiss eine Überhöhung, gleichzeitig ist jedoch nicht zu leugnen, dass sie für die Opposition in den 1980er-Jahren und für die Friedliche Revolution eine zentrale Rolle spielte. Ich habe das in meinen Erinnerungen (1) aus meiner persönlichen Erfahrung konkreter zu beschreiben versucht. Dabei ist es gerade interessant, dass die Bedeutung der Kirchen in der Friedlichen Revolution nicht die Bedeutung der Kirchenleitungen war, sondern der engagierten Christen innerhalb der Opposition und die durch ihre demokratische Struktur innerhalb der Kirchen unabhängig entscheidenden Kirchgemeinden.

Man darf hier auch nicht den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung vergessen. Die 1988/89 tagende Ökumenische Versammlung aller Kirchen in der DDR spielte auf dem Weg zur Friedlichen Revolution eine wesentliche Rolle.

Nach der Öffnung der Akten der Staatssicherheit im Jahr 1992 gerieten die Kirchen in der öffentlichen Wahrnehmung in Verruf, da bekannt wurde, dass führende Kirchenvertreter Kontakte mit der Staatssicherheit pflegten. Welchen Charakter diese Kontakte hatten, war heftig umstritten. Ob er Verrat bedeutete oder subjektiv im Interesse der Kirche gepflegt wurde, wurde jeweils intensiv debattiert.

Im Zentrum dieser Diskussionen stand der Brandenburger Ministerpräsident Manfred Stolpe in seiner früheren zentralen Rolle für den Bund der Evangelischen Kirchen und die Kirche von Berlin-Brandenburg. Durch seine intensiven Kontakte zu Vertretern der sozialliberalen Koalition in den 1970/80er-Jahren und seine spätere Zugehörigkeit zur SPD spielten in den 1990er-Jahren parteipolitische Interessen in diesen Debatten eine wichtige Rolle.

Die evangelischen Kirchen hatten die Ost- und Entspannungspolitik seit 1969 intensiv unterstützt. Durch die parteipolitische Aufheizung war die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit bei der SPD lange von Ängsten begleitet – und das galt auch für die Kirchen. Neben den großen Herausforderungen der Kirchen angesichts der tiefgreifenden Transformation der kirchlichen Strukturen und der Stellung der Kirchen in der Gesellschaft führten auch diese Ängste dazu, dass man glaubte, die Vergangenheit auf sich beruhen lassen zu können.

Erst wenn völlig unerwartet und vielfach unverständlich Konflikte aufbrechen wie jetzt, wenn es um die Bewertung des mit der Staatssicherheit kooperierenden und für sie tätigen Pastors Pulkenat geht, wird deutlich, dass es den Kirchen nicht guttut, wenn sie sich nicht ihrer eigenen Vergangenheit stellen.

So können wir den damaligen Opfern der Tätigkeit von Heinz Pulkenat, wie Pastor i.R. Eckart Hübener, dankbar sein, wenn sie heute ihre Stimme erheben und die Probleme der damaligen Zeit nicht einfach unter den Teppich zu kehren bereit sind. Wie auch immer das konkrete Problem der Grabstelle von Heinz Pulkenat geklärt wird – hier wird an ein Problem gerührt, das die Kirche im vereinten Deutschland nicht einfach vergessen darf – wie es bis heute weithin geschieht.

Eine erfreuliche Ausnahme ist die Evangelische Kirche Mitteldeutschlands (EKM). 2017 verabschiedete die Synode der EKM zum Bußtag eine Erklärung, in welcher sie sich der eigenen schwierigen Geschichte in der DDR stellte und zusagte, sich den Opfern nicht nur des staatlichen Handelns, sondern auch des eigenen Verhaltens zuzuwenden, ihnen Respekt und Anerkennung zu zollen und nach Wegen der Wiedergutmachung zu suchen (2)

Hier standen nicht zuletzt auch die kirchlichen Mitarbeiter im Focus, die schließlich in den Westen gingen und dort große Schwierigkeiten hatten, ihren Beruf in der Kirche weiter auszuüben. So setzte sich nicht selten das ihnen in der DDR angetane Unrecht noch im Westen fort. In der EKM hat man dafür inzwischen eine Struktur geschaffen, hat sich den Opfern zugewandt und steht mit ihnen in einem intensiven Dialog. Dies ist ein erster wesentlicher Schritt.

In Mecklenburg ist dieser Weg mit einer Sammlung biografischer Interviews beschritten worden. Wichtig ist jedoch, dass man nicht glaubt, damit sei alles getan.

Der komplizierte Weg der Kirchen in der DDR hat viele Facetten, die es aufzuspüren gilt, insbesondere da, wo Menschen an ihre Grenzen geführt wurden und auch durch das Handeln der Kirche selbst zu Opfern wurden. Ihnen wenigstens im Nachhinein Recht zu schaffen, ihnen Respekt und Anerkennung zu zollen, ist für die Kirche insgesamt wichtig.

Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, heute einen Schritt weiter zu gehen, der nicht in die Sackgasse führt oder in der Wüste endet, sondern auf einen Weg führt, der zu Heilung und Versöhnung beiträgt. Versöhnung aber braucht Wahrheit – und diese zu erforschen, zuzuhören, Verletzungen wahrzunehmen und ernst zu nehmen, das sind die Schritte, mit denen wir beginnen sollten.

#### Quellenangaben

- (1) Zu wandeln die Zeiten, Leipzig 2020
- (2) epd-Dokumentation 35/2018, 28.8.2018

# Schlussreflexion zum Tag

Curt Stauss,

Seelsorger für politisch Verfolgte

## 1. Was haben wir hier heute getan: Wir haben uns erinnert

Propst Saueremann hat uns begrüßt mit dem Hinweis auf den weiten Rahmen dieses Tages, von passivem Erinnern zu aktiver Auseinandersetzung, vom Biografien-Buch bis zum aktuellen Fall in Basedow. Von kirchengeschichtlicher Erzählung bis zu emotionaler Zumutung haben wir eine Fülle von Informationen und von Anstößen erhalten. Um eine Schlussreflexion zu diesem Tag bin ich gebeten worden.

„Zur Lebensgewissheit gehört das Gefühl von Kontinuität und Dauerhaftigkeit. Sie kann nur erfahren werden, wo mindestens drei Generationen sichtbar sind. Menschen werden von ängstlicher Zufälligkeit geschüttelt, wo sie nur sich selber und die eigene Zeit erleben, höchstens noch die der nächsten Generation“, sagt Fulbert Steffensky (1). Wir haben Geschichten erzählt über drei Generationen – die dritte allerdings war heute fast nicht hier. Ich werde ihr meinen letzten Satz widmen.

Das Erzählen macht das Urteilen schwerer, es verunsichert eine Einteilung der Welt, in der ich relativ gut wegkomme. Es vermittelt etwas von jener Irritation, die Jesus auslöste mit dem Satz „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie.“ (Joh. 8, 7) Wenn dieser Satz alles wäre, was wir zum Kirchenkreis Malchin zwischen 1980 und 1990 zu sagen hätten, würden wir den Mut derer gering schätzen, die dem ideologischen Druck und staatlichen Zwangsmaßnahmen standgehalten haben. Und es wäre die Entsorgung von



Schuld, wie wir sie aus einer schlechten Praxis in Gottesdiensten kennen: allgemein, ohne Namen und Adresse, ohne die Stimmen der Betroffenen zu hören und ihr anhaltendes Leid auszuhalten, ohne ihre Fragen nach Wahrheit und nach Gerechtigkeit überhaupt zu hören.

Es gab nicht einfach das „Verhältnis“ gab zwischen Staat und Kirche. An die schwammigen Regelungen in der Verfassung der DDR seit 1968 haben Christian Halbrock und Markus Meckel erinnert. Das Verhältnis von Staat und Kirche war nicht unsere ganze Geschichte in der DDR; sie, und noch mehr: Kirche und Stasi waren ein „Teilaspekt unserer jüngsten Vergangenheit“ – ein Teilaspekt, daran hat Landesbischof Christoph Stier in einem Vortrag Anfang 1995 erinnert. (2) Von der besonderen Rolle der Kirche in der DDR haben wir gehört – es war verwirrend und es war wohltuend zu hören, dass die Kirche ein Ort des Gedächtnisses und ein Ort der Ermöglichung gewesen sei. Warum sprechen wir da überhaupt von den paar IM (so wurde gefragt)? Wer aufmerksam zugehört hat, fand darauf viele Antworten. Sie haben schweren Schaden angerichtet; auch das

Misstrauen, dass durch die bloße Vermutung entstand, es könnten IMs anwesend sein, war und ist bis heute ein schwerer Schaden.

Anne Drescher hat die Betroffenenperspektive stark gemacht. Und sie hat an das Wort ‚Differenzierung‘ erinnert: eine Stasi-Taktik, mit der Zwietracht in der Kirche gesät wurde. Einige Pastorenkinder durften zur EOS gehen, andere nicht. Und sie hat an die Rolle der Ausnahmen bei Baugenehmigungen, bei Reisen, eben Privilegien (die bekanntlich den Charakter verderben) erinnert.

Rüdiger Timm war in den Jahren, auf die wir heute besonders geschaut haben, Landessuperintendent in Malchin. Er hat an die theologische Überzeugung – von Dietrich Bonhoeffer bis zu Landesbischof Heinrich Rathke – erinnert, dass die Kirche nur Kirche Jesu Christi sei, wenn sie für andere da sei. Er war vorsichtig in dem Urteil, ob und wie weit das gelungen sei; aber er hat auf die besondere Situation des Kirchenkreises Malchin hingewiesen, in dem ungewöhnlich viele junge Pastoren und Ehrenamtliche in genau diesem Sinne aktiv waren. Er habe es mit ihnen nicht immer leicht gehabt; aber er habe gegenüber dem Rat des Kreises stets zu ihnen gestanden. Im Blick auf diese Vergangenheit und ebenso im Blick auf den aktuellen Streitfall in Basedow sagte er sinngemäß: urteilen – ja, verurteilen – nein! Frieden und Versöhnung seien uns aufgetragen, auch heute, so wie die Kirche sich vor 40 Jahren der Hass-erziehung des Staates nicht gebeugt habe.

An eine Differenz zwischen der Mecklenburger und der Pommerschen Kirche will ich in diesem Zusammenhang erinnern: in Mecklenburg, einer lutherischen, also herkömmlicherweise stärker episkopal geprägten und geleiteten Kirche, war in den 1970er-Jahren das Bewusstsein gewachsen, man könne dem

staatlichen Druck am besten widerstehen, indem man die mittlere Ebene und die Gemeinden stärke, so dass Angriffe auf die Kirchenleitung weniger Wirkung zeigten; so wurde die eigentlich episkopale Mecklenburgischen Landeskirche Schritt für Schritt faktisch zu einer synodalen. Ich meine, dies hatte Folgen auch für Aufarbeitung hier. In Pommern hingegen, eigentlich einer synodal verfassten unierten Landeskirche, hatten Bischöfe das Wort und die Macht, die ihr Amt ausdrücklich episkopal verstanden. Diese Zentralisierung kirchlicher Macht machte sie angreifbar, wie ihre Geschichte wie die Probleme ihrer Aufarbeitung bis heute zeigen.

## **2. Heute wurden wir auch daran erinnert, dass es in unserer Kirche Regeln gab**

- Eine Übernahme von Aufgaben in staatlichen Organen war der kirchlichen dienstvorgesetzten Stelle mitzuteilen (das ist bis heute so).
- Dienstliche Angelegenheiten unterlagen im Zweifelsfall der Schweigepflicht gegenüber Außenstehenden (auch das ist bis heute so).
- Die seelsorgerliche Schweigepflicht, das Beichtgeheimnis gilt immer, ohne jede Ausnahme (und es war auch in der DDR gesetzlich geschützt).

Und: wer vom MfS angesprochen wurde, sollte dies unverzüglich der kirchlich vorgesetzten Stelle – dem Landessuperintendenten, dem Bischof – mitteilen, und dies wiederum der MfS-Person, die auf einen weiteren Termin drängte, vielleicht auf eine Zusammenarbeit. Und man wusste: die Mitteilung, Dekonspiration genannt, wirkte, - sofort wurde man in Ruhe gelassen.

Noch einmal dazu Christoph Stier aus dem Vortrag von 1995: „Mit Respekt und Hochachtung möchte ich erneut ansprechen, dass ich im Leitungsamt anknüpfen konnte an Grundsätze, die

mein Vorgänger Landesbischof Dr. Heinrich Rathke und die Kirchenleitung mit beharrlicher Entschiedenheit praktiziert haben. Gesprächskontakte mit der Staatssicherheit schieden von vornherein aus.

Der Ort, diese Grundsätze immer wieder zu erörtern, war mit den Vorbereitungstagen der Vikarinnen und Vikare zu Ordination und Dienstbeginn gegeben. Ihnen wurde nahegelegt, jedes Gespräch und jede Zusammenarbeit mit der Stasi als kirchlicher Mitarbeiter abzulehnen. Ein relativ einfaches Mittel, Werbungsversuche abzuwehren, bestand darin, die Konspiration zu durchbrechen und den zuständigen Landessuperintendenten oder Landesbischof zu informieren.“ (3)

### **3. Staat und Kirche - wir waren bei dieser Aufgabe gut orientiert**

Christian Halbrock hat in seinem Vortrag einen Satz von Landessuperintendent Gasse zitiert, der eine lange geltende theologische Überzeugung ausdrückte – eine Lesart von Römer 13, die wir exegetisch wie theologisch nicht mehr teilen: der Staat sei Obrigkeit, der wir zu gehorchen haben. Spätestens seit 1934 konnte es unsere Kirche besser wissen:

*„Fürchtet Gott, ehrt den König.“*  
(1. Petr 2,17)

„Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht

der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“

Das lesen wir in der Theologischen Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen, 31. Mai 1934, 5. These; Sie können dies und die anderen Thesen im Gesangbuch nachlesen.

Ebenfalls im EG, im Lied *Vater unser im Himmel* 344, 7 finden Sie dies:

*Führ uns, Herr, in Versuchung nicht,  
wenn uns der böse Geist anficht.  
Zur rechten und zur linken Hand  
(also gegenüber dem Staat wie auch  
in der Kirche, dort, wo Unrecht geschieht)  
hilf uns tun starken Widerstand...*

Staat und Kirche: wir waren – und wir sind – bei dieser Aufgabe gut orientiert!

### **4. Kirche ist nie nur Organisation und Institution, sie ist eine spirituelle Realität: Leib Christi**

Was wir heute auch noch getan haben? Wir haben realisiert, was Leib Christi heißt. Wir stehen in einer Verbindung mit den Schwestern und Brüdern, die vor uns waren. Wir hören, unter welchen Bedingungen sie gelebt, wie sie ihren Dienst versehen haben, die Hauptamtlichen ebenso wie die Ehrenamtlichen. Wir hören, wo sie standgehalten haben, wo sie gescheitert sind. Und vielleicht hören wir, wo sie schuldig geworden sind.

Was kommt vor der Versöhnung? Ich nenne vier Aufgaben:

- sie setzt rechtsstaatliche Verfahren voraus (auch die kirchliche Aufarbeitung ist in den meisten Kirchen nach diesen Regeln geschehen!). Ich füge hier den Hinweis ein, dass der Streit um die Rolle von Pastor Pulkenat zwar vor 30 Jahren nach einem kirchlich geordneten Verfahren entschieden wurde, dass aber damals nicht noch nicht alle Akten zur Verfügung standen, dass darum dieser Streit noch nicht zu Ende ist, ehe nicht alle Unterlagen gesichtet und gewertet worden sind;
- die schmerzhaft und gefährliche Arbeit, sich und andere zu erinnern,
- die Unterscheidung von Person und Tat: das ist schwere Arbeit, sie gehört zu den Grundüberzeugungen der Bibel: jeder Mensch ist mehr als seine Taten, niemand soll auf seine Taten reduziert werden, niemand ist nur gut und niemand ist nur böse. Gott rechtfertigt nicht die Sünde, aber den Sünder und die Sünderin; er liebt nicht das Böse, aber er liebt auch die Bösen. Was hat das für Folgen für die Aufarbeitung? Wem gönnen wir, dass er oder sie gerettet wird im Gericht? Für wen beten wir, und was beten wir da?
- und schließlich: Versöhnung braucht Gesten! Etwas wie der Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970 in Warschau – er, der im Widerstand tätig war, bat um Vergebung für alle die, die mitgelaufen oder die sich schuldig gemacht hatten! Oder, um noch ein Beispiel für eine Geste der Versöhnung zu nennen: die 17. Kerze am 3. Mai 2002 auf den Domstufen in Erfurt
- die Gründung der Aktion Sühnezeichen durch Lothar Kreyssig am 30.4.1958 auf der EKD-Synode in Berlin. Wie können unter uns solche Gesten der Versöhnung aussehen?

## 5. Was ist jetzt dran?

Die Aufarbeitung war und ist weithin Täterorientiert. Auch deshalb gilt: Wir sollten zuerst auf die Betroffenen hören – auch wenn das manchmal mühsam und oft schwer auszuhalten ist. Das Biografien Projekt ist dafür ein wichtiger Start gewesen!

Diese Vorschläge habe ich heute gehört:

1. weiter aufarbeiten, dafür auch Mittel bereitstellen (Forschung, Promotoren...);
2. spezifische Seelsorge für politisch traumatisierte Menschen anbieten, für die, die bis heute, bis in die Altersarmut unter Diktaturfolgen leiden; dafür geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausbilden;
3. Gespräche mit Betroffenen fortsetzen (Biografie-Projekt), auch auf ihre wirtschaftliche Situation schauen;
4. eine Ombudsperson für Betroffene finden
5. ein Wort der Kirche sagen (durch die Synode?), ähnlich dem Bußwort der EKM von 2017, das um Vergebung bittet, Hilfe anbietet, aktuelle Aufgaben nennt;
6. und nun kommt der letzte Satz, den ich zu Beginn angekündigt hatte – es ist eine Anregung von Christoph Wunnicke aus der Arbeitsgruppe heute: die Geschichte des Kirchenkreises Malchin von 1980 bis 1990 medial so aufarbeiten, dass die 3. Generation, dass die jungen Pastorinnen und Pastoren, das die heutigen Kirchenältesten sie sehen wollen!

### Quellenangaben

1. Heitere Gelassenheit. Über die Kunst des Abdankens, Vortrag NDR Kultur 18. Februar 2007, S.1 (maschinenschriftlich)
2. Tagung „zur Kirchenpolitik von SED und MfS“ Berlin 19. bis 21. Januar 1995, S.1 (maschinenschriftlich)
3. wie Anm.1, S.2f.

# Foto-Impressionen



Erzählgruppe 1



Pastor i.R. Eckart Hübener (r.) berichtete von seinem Schicksal





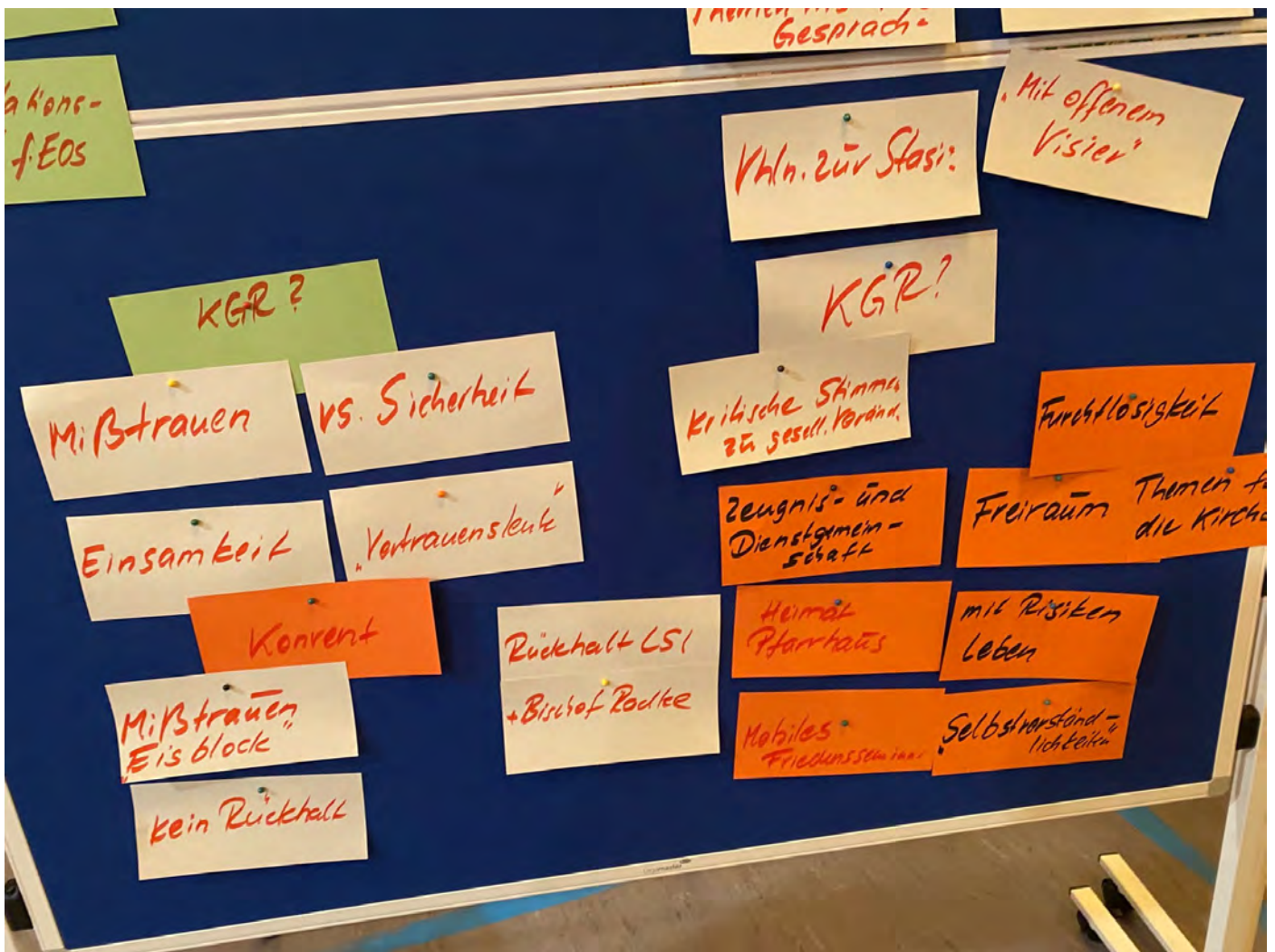
Erzählgruppe 2



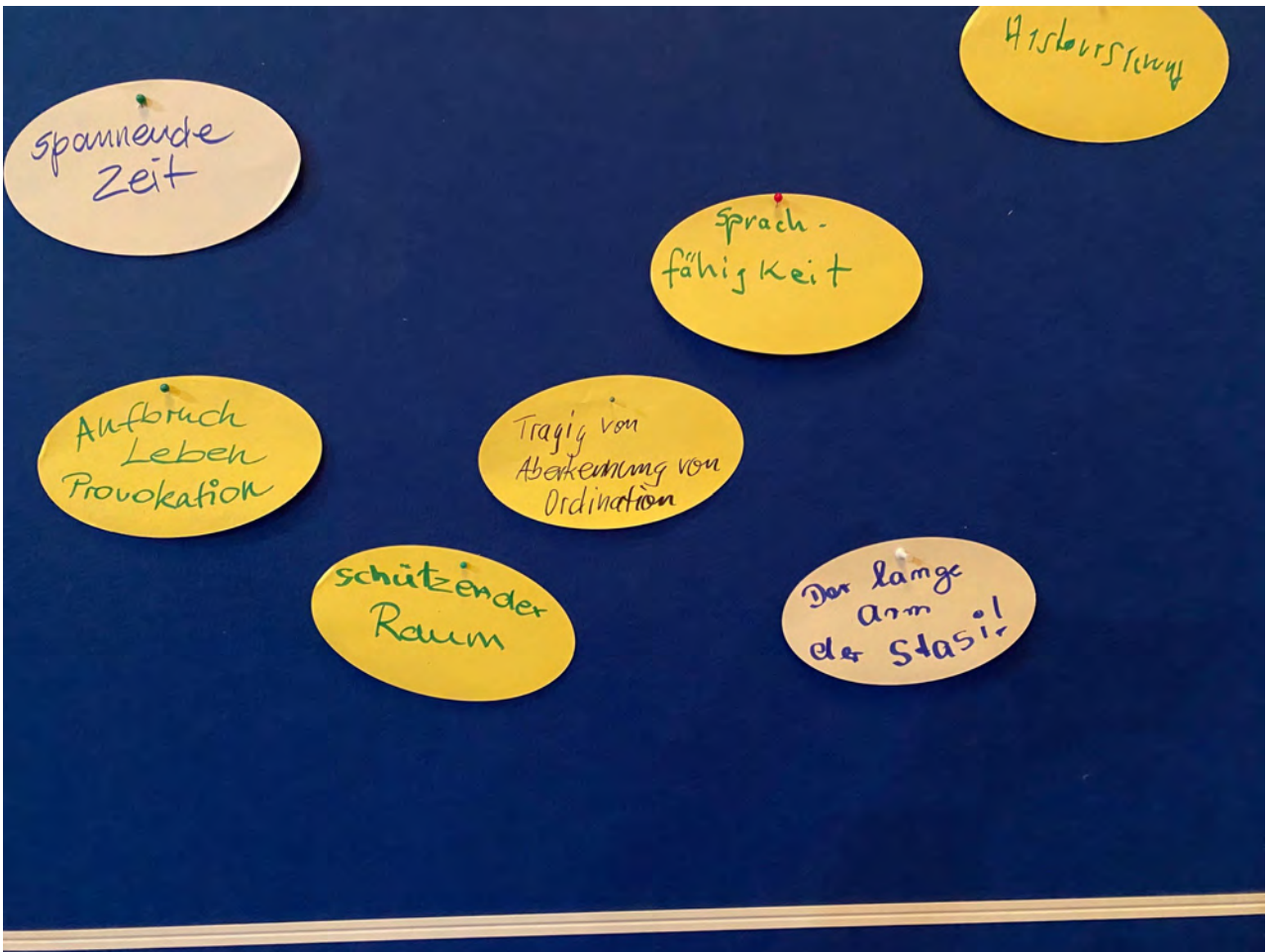
Erzählgruppe 3



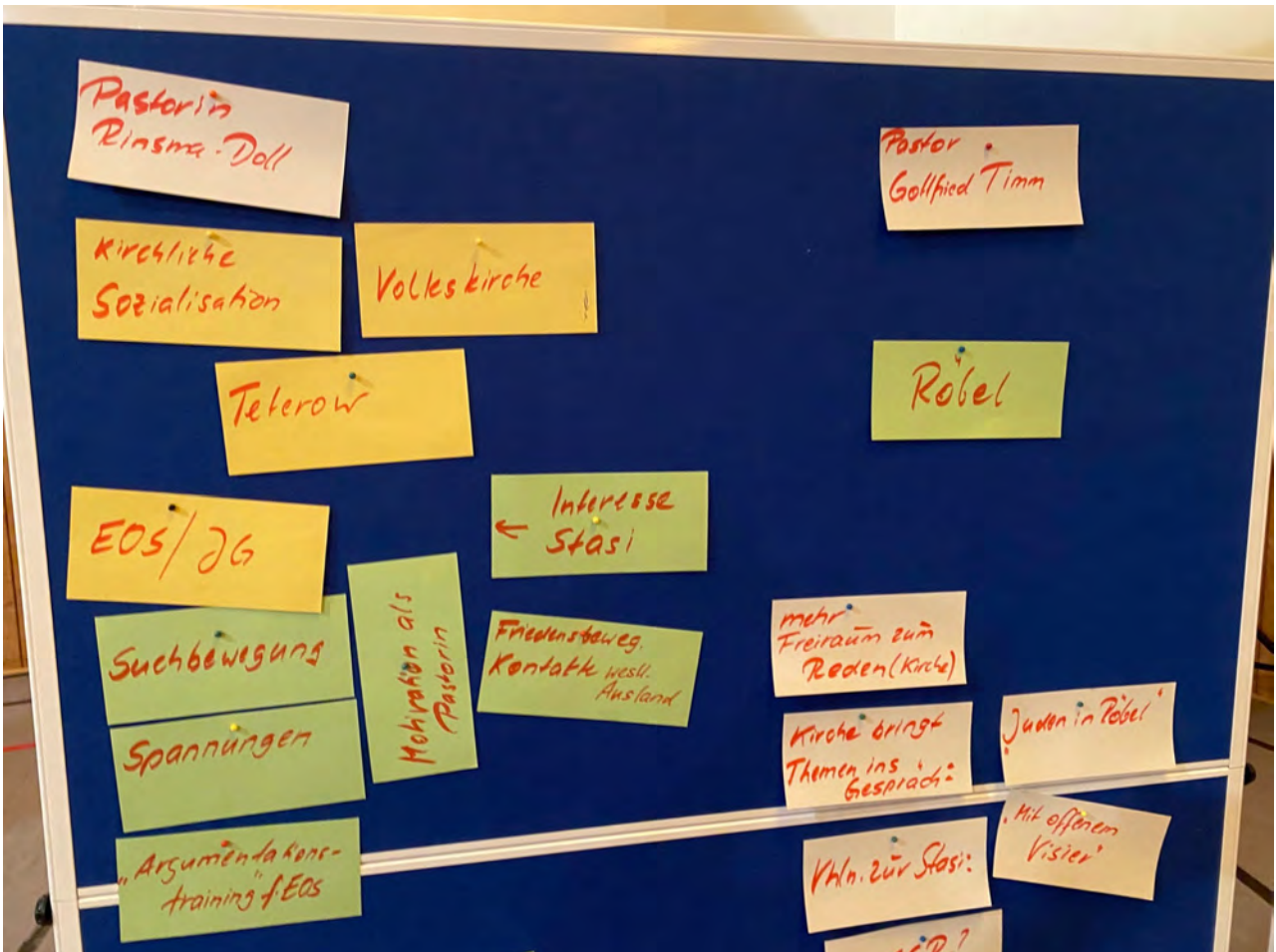
Blick in den Tagungssaal in Salem



Einige Ergebnisse und Gedanken aus den drei Erzählgruppen



Einige Ergebnisse und Gedanken aus den drei Erzählgruppen



# Presseschau

Beitrag aus dem **Nordkurier**  
vom 29. März 2022

## Der Pastor, der aus Überzeugung für die Stasi spitzelte

**Zwölf Jahre lang hat ein Pfarrer Heinz P. aus dem Kreis Malchin unter dem Decknamen „Herbert Puchalla“ mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammengearbeitet. Er hat zahlreiche Kollegen ausgespitzelt, den Friedenskreis Waren unterminiert und im Auftrag des MfS böse Gerüchte gestreut. Der Fall erhitzt viele Gemüter bis heute, obwohl der Mann vor zwei Jahren gestorben ist.**

Von Frank Wilhelm

**Basedow.** Pastor Heinz P. konnte wohl gut mit dem Stellvertreter für Inneres beim Rat des Kreises Malchin. So gut, dass er ihn an einem Sonntagabend um 22 Uhr im März 1984 zu Hause anrief, um für den folgenden Montag um 7.30 Uhr einen Termin zu vereinbaren. Über den Inhalt des Gesprächs am 12. März 1984 gibt ein Fernschreiben der Kreisdienststelle des MfS Malchin Auskunft, das am 15. März in der Bezirksverwaltung des MfS (BV) in Neubrandenburg einging. Es war in der DDR Usus, dass ranghöhere Mitarbeiter des Rates des Kreises von Berufswegen mit der Staatssicherheit zusammenarbeiteten.

Es war aber nicht üblich, dass ein Pfarrer für das MfS als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) Spitzeldienste leistete, so wie Heinz P.. Er kooperierte unter dem Decknamen „Herbert Puchalla“ von 1978 bis 1989 mit der Staatssicherheit. Der Pfarrer aus Basedow war nicht irgendwer für den Geheimdienst. Knapp zwölf Jahre lieferte er zahlreiche Berichte über Kollegen und Kirchenmitarbeiter, erfüllte Aufträge für das MfS und streute immer wieder Gerüchte, um missliebige Pfarrer anzuschwärzen. Heinz P. war ein Aktivposten für die Stasi innerhalb der Kirche im Nordosten.

Dafür zeigten sich die Genossen dank-

bar, auch der Stellvertreter für Inneres Malchin, der ihm das verlangte Gespräch unbürokratisch ermöglichte. Heinz P. trug dem Vertreter des Staates ein Immobilienproblem vor: Mit einem Stellmachermeister aus einem Dorf im Kreis Malchin, der aus Altersgründen seine Werkstatt verkaufen wollte, habe er mündlich vereinbart, das Haus für seinen Sohn und die Schwiegertochter zu erwerben. Davon habe der Superintendent Rüdiger Timm erfahren und den Stellmacher „unter Bietung von mehr Geld überredet, das Grundstück nicht an P., sondern an die Kirche zu verkaufen“, wie es in dem Fernschreiben an die BV heißt. Die Kirche wollte Werkstatt und Grundstück als Domizil für die eigene Baubrigade nutzen.

### **Kritik an Sonderregelung fürs Grab**

Rat des Kreises und Stasi schlugen den vorgesetzten Stasi-Genossen in Neubrandenburg folgende „abgestimmte Haltung“ vor: „Den Hauskauf des P. zu unterstützen, da P. zu den loyalsten Amtsträgern gehört ... und der Aufbau eines kircheneigenen Betriebs abgelehnt werden sollte, gleichzeitig kann mit dieser Entscheidung der Differenzierungsprozess innerhalb der Kirche vertieft werden“.

Mit der Vertiefung des „Differenzierungsprozesses“ meint die Stasi die Förderung von loyalen Pastoren wie Heinz P. auf der einen und die Diffamierung kritischer Kirchenleute auf der anderen Seite. Das Immobiliengeschäft verlief offensichtlich im Sinne des Basedower Pastors, der die alte Stellmacherei seinerzeit erwerben konnte.

Heinz P. starb im März 2020. Dass sein Fall jetzt noch einmal für heftige Diskussionen in Kirchenkreisen sorgt, ist einer Petition vom August 2021 zu verdanken, die mehr als 120 Menschen unterschrieben haben, darunter zahlreiche

namhafte Bürgerrechtler und Vertreter der evangelischen Kirche wie Markus Meckel, Freya Klier, Wolfgang Templin, Heiko Lietz und Michael Körner. Auch Maria Nooke, die brandenburgische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in der DDR, und Anne Drescher Landesbeauftragte für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, gehören zu den Unterzeichnern.

Unter dem Titel „Kirche muss Verantwortung zeigen“ wandten sich die Verfasser im August 2021 an die Kirche, um gegen eine posthume „Sonderregelung für eine größere Grabplatte“ zu protestieren, der die Pastorin und die Mehrheit der Kirchenratsmitglieder bereits zugestimmt hatten. „Es kann und darf nicht sein, dass Tätern auch 32 Jahre nach dem Ende der DDR noch in dieser Weise eine besondere Anerkennung verschafft wird. Das ist ein Schlag in das Gesicht der vielen Betroffenen, die Heinz P. verraten hat“, heißt es in der Petition, die auf der Internetseite der Robert-Havemann-Gesellschaft, dem „Archiv der DDR-Opposition“, nachzulesen ist.

Mit der Petition wird dazu aufgefordert, in allen kirchlichen Gremien Stellung zu dem Thema zu beziehen. Indes versuchte der zuständige Propst Wulf Schünemann, die Vorwürfe in einem Schreiben an die Petenten von Ende August 2021 zu relativieren. Laut Friedhofsordnung wären auf der Doppelgrabstelle der Eheleute P. zwei Platten in einer Größe von jeweils 50 mal 40 Zentimetern möglich gewesen. Die stattdessen von der Familie beantragte eine Platte in der Größe von 120 mal 74 Zentimetern sei nur geringfügig größer.

„Wir erkennen nicht, dass das Grab dadurch in irgendeiner Form als Ehrengrab missverstanden werden könnte“, erklärte Schünemann. Tief greifender als die Form der Grabgestaltung sei aber das Anliegen, dass die Mitglieder der betroffenen Kirchgemeinde „die dunkle Seite der Lebensgeschichte von Heinz P. ausführlicher zur Kenntnis nehmen“. Die Familie des früheren Pastors wollte sich auf Anfrage des Nordkurier nicht zu dem Thema äußern.

### **Ihm gefiel der „Schwarze Kanal“**

Nur zu gut kennt Eckart Hübener, der Mitinitiator der Petition, die „dunkle Seite“ seines ehemaligen Kollegen Heinz P. Der heute 68-Jährige übernahm 1982 die Pfarrstelle in Rambow, einem kleinen Dorf bei Malchin. Hübener fand sich bereits als Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde Berlin im Visier des MfS. Als er Anfang der 1980er-Jahre bei der Rückkehr von einer Reise nach Polen mit Materialien, Aufklebern und Abzeichen der systemkritischen polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc“ erwischt wurde, nahm ihn die Stasi im August 1981 fest. Wegen eines „Zollvergehens“ wurde er zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt, die er fast vollständig absaß.

Manfred Stolpe, damals unter anderem stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, hatte gegen Hübeners Willen seinen Häftlingsfreikauf in den Westen organisiert. Doch der damals 29-Jährige wollte bleiben und wurde nach Rambow versetzt. Dort stand er auch unter der Aufsicht von Heinz P., offiziell als Propst, inoffiziell als Stasi-Zuträger „Herbert Puchalla“.

Galt der 1929 geborene und seit 1955 als Pastor arbeitende P. anfangs als kritischer Geist, habe er sich mit der Zeit zu einem „realistisch urteilenden“ Menschen entwickelt, schrieb die Bezirksverwaltung der Stasi im November 1978 in einem „Vorschlag zur Gewinnung als IMS“ (Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung eines Verantwortungsbereiches).

Heinz P. engagierte sich in der Nationalen Front, dem Bündnis der Blockparteien, äußerte sich in der „Freien Erde“ positiv über das „Engagement christlicher Bürger in der sozialistischen Gesellschaft“ und fand den „Schwarzen Kanal“ gut. Dazu muss man wissen, dass diese wöchentliche Sendung von Karl-Eduard von Schnitzler eine bei den meisten DDR-Bürgern verhasste Propagandasendung war.

Heinz P. sei „objektiv in der Lage, operativ wertvolle Informationen über den Bereich der Evangelischen Landeskirche Mecklenburg zu geben“. Insbesondere sollte mit Hilfe von „Herbert Puchalla“

der „reaktionär eingestellte Superintendent (Rüdiger) Timm“ kontrolliert werden, so die Erwartung des MfS. Wie es sich für einen Geheimdienst gehört, wurde mit dem künftigen IM eine Legende für die Kontaktaufnahme entwickelt. Als „Losung“ galt eine „Terminvereinbarung für das nächste Orgelkonzert“, wie es ein Stasi-Offizier festhielt.

Zahlreiche Berichte zeigen, dass Heinz P. die Erwartungen der Staatssicherheit erfüllt hat. So war er eingebunden in die „politisch-operative Kontrolle des 'Friedenskreises Waren'“. Ihren Ursprung hatten die Friedenskreise in Mecklenburg Anfang der 1980er-Jahre in Vipperow an der Müritzer, wo Markus Meckel als Pastor arbeitete, und in Güstrow, wo Heiko Lietz wirkte. Oppositionelle diskutierten in diesen Kreisen offen und kritisch unter anderem über Fragen des Friedens und Pazifismus sowie über Umweltprobleme.

Dabei stellten sie immer wieder die offizielle SED-Politik infrage. Nach Vipperow strömten jeden Sommer weit mehr als 100 Aktivisten von Umweltgruppen zu den mehrtägigen Friedensseminaren. Mitte der 1980er-Jahre wurden die Friedenskreise in Mecklenburg auf weitere Kirchgemeinden beispielsweise in Waren, Röbel und Neubrandenburg ausgedehnt, was die Staatssicherheit auf den Plan rief.

Unter tatkräftiger Hilfe von „Herbert Puchalla“ und anderen IM wurden zahlreiche Informationen zusammengetragen. Beispielsweise, dass „14 Personen, teilweise Ehepartner, an den organisierten Zusammenkünften des Friedenskreises Waren teilnehmen würden. Entscheidenden Einfluss hätten Meckel und Hübener, heißt es in einem Bericht der MfS-Kreisdienststelle Waren. Auch wenn es keine „eindeutige inhaltliche Profilierung“ der Treffen gebe, stand für die Stasi die „politisch-operative Zielstellung“ fest: „Kontrolle und Bearbeitung dieses Personenkreises“ sowie „Zerschlagung/Zersetzung der Organisationsstruktur“.

Aktiv eingebunden war IM „Puchalla“, der durch die Intervention beim Gemeindegemeinderat (GKR) den „Handlungsspielraum des Pastors Hübener“ weiter einschränken

sollte. Heinz P. beschaffte also nicht nur Informationen, er griff im Auftrag der Stasi auch in Personalangelegenheiten der Kirche ein, wenn es beispielsweise um die Disziplinierung kritischer Geister ging. Durch die „gezielte Einflussnahme“ auf den Superintendenten und den GKR sei der „angestrebte Prozess einer innerkirchlichen Auseinandersetzung mit H. (Hübener) erfolgreich in Gang gesetzt worden“, lobte Oberstleutnant Suffa von der MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg im Oktober 1985. „Der weitere Einsatz der Quelle erfolgt einerseits mit der Zielstellung der Festigung und Unterstützung der Haltung des GKR sowie des Superintendenten Timm gegen H. und darüber hinaus generell gegen pseudopazifistische Aktivitäten weiterer Zielpersonen“.

„Puchalla“ beherrschte offensichtlich auch die Kunst der Zersetzung, die das MfS immer wieder einsetzte, um Misstrauen in Familien, Betrieben und eben auch Kirchengemeinden zu säen. So streute er das Gerücht, dass es Unregelmäßigkeiten in der Rambower Kirchgemeindekasse gebe. Und, dass Hübener Mitte der 1980er-Jahre in das seinerzeit leerstehende Schloss Ulrichshausen eingebrochen sei. „Das wurde viele Jahre immer noch behauptet, auch wenn der wahre Täter längst verhaftet und verurteilt war“, sagt Hübener.

### **Delikates zum 60. Geburtstag**

Das Ministerium für Staatssicherheit war zufrieden mit der Arbeit ihres emsigen Kirchen-Spitzels „Herbert Puchalla“. Regelmäßig zu seinen Geburtstagen überbrachte ihm sein Führungsoffizier eine Prämie im Wert von 100 Mark oder zum 60. auch mal einen üppig gefüllten Präsentkorb mit Leckereien aus dem Neubrandenburger Delikatladen.

Hübener erfuhr 1990, dass Heinz P. ihn über Jahre ausspionierte. Als er ihn im Januar 1991 damit konfrontierte, habe er alles abgestritten. Nach einer Anzeige wurde durch die Kirchenleitung ein offizielles Disziplinarverfahren wegen der Verletzung von Dienstpflichten eingeleitet.

Seinerzeit waren aber noch längst nicht alle MfS-Akten erschlossen, die das unselige

Wirken von P. dokumentierten. 1994 wurde er in den Ruhestand geschickt, P. muss die Kosten des Verfahrens tragen. Seinen Titel Pastor und damit das dauerhafte Recht einer Grabstelle auf einem kirchlichen Friedhof durfte er behalten.

Markus Meckel zieht angesichts dieser

DDR-Geschichte von Pastor Heinz P. sogar eine Parallele zum Ukraine-Krieg. „Putin hat den Krieg mit einer Geschichtsklitterung begonnen.“ Es gehöre auf den Tisch, dass Pastor P. aktiv für die Stasi tätig war, so Meckel.

So erschien der oben abgedruckte Beitrag am 29. März 2022 im Nordkurier:

# Der Pastor, der aus Überzeugung für die Stasi spitzelte

Zwölf Jahre lang hat ein Pfarrer Heinz P. aus dem Kreis Malchin unter dem Decknamen „Herbert Puchalla“ mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammengearbeitet. Er hat zahlreiche Kollegen ausgespitzelt, den Friedenskreis Waren unterminiert und im Auftrag des MfS böse Gerüchte gestreut. Der Fall erhitzt viele Gemüter bis heute, obwohl der Mann vor zwei Jahren gestorben ist.

Von Frank Wilhelm

**BASEDOW.** Pastor Heinz P. konnte wohl gut mit dem Stellvertreter für Inneres beim Rat des Kreises Malchin. So gut, dass er ihn an einem Sonntagabend um 22 Uhr im März 1984 zu Hause anrief, um für den folgenden Montag um 7.30 Uhr einen Termin zu vereinbaren. Über den Inhalt des Gesprächs am 12. März 1984 gibt ein Fernschreiben der Kreisdienststelle des MfS Malchin Auskunft, das am 15. März in der Bezirksverwaltung des MfS (BV) in Neubrandenburg einging. Es war in der DDR Usus, dass ranghohe Mitarbeiter des Rates des Kreises von Berufswegen mit der Staatssicherheit zusammenarbeiteten.

Es war aber nicht üblich, dass ein Pfarrer für das MfS als inoffizieller Mitarbeiter (IM) Spitzelkiste leistete, so wie Heinz P. Er kooperierte unter dem Decknamen „Herbert Puchalla“ von 1978 bis 1989 mit der Staatssicherheit. Der Pfarrer aus Basedow war nicht irgendwer für den Geheimdienst. Knapp zwölf Jahre lieferte er zahlreiche Berichte über Kollegen und Kirchenmitarbeiter, erfüllte Aufträge für das MfS und streute immer wieder Gerüchte, um missliebige Pfarrer anzuschwärzen. Heinz P. war ein Aktivposten für die Stasi innerhalb der Kirche im Nordosten.

Dafür zeigten sich die Genossen dankbar, auch der Stellvertreter für Inneres Malchin, der ihn das verlangte Gespräch unbürokratisch ermöglichen ließ. Heinz P. trug dem Vertreter des Staates ein Immobilienproblem vor: Mit einem Stellmacherverkauf aus einem Dorf im Kreis Malchin, der aus Altersgründen seine Werkstatt verkaufen wollte, habe er mündlich vereinbart, das Haus für seinen Sohn und die Schwiegertochter zu erwerben. Davon habe der Superintendent Rüdiger Timm erfahren und den Stellmacher „unter Bietung von mehr Geld überredet, das Grundstück nicht an P., sondern an die Kirche zu verkaufen“, wie es in dem Fernschreiben an die BV heißt. Die Kirche wollte Werkstatt und Grundstück als Domizil für die eigene Baubrigade nutzen.

**Kritik an Sonderregelung fürs Grab**  
 Rat des Kreises und Stasi schlugen den vorgeschrittenen Stasi-Genossen in Neubrandenburg folgende abgestimmte Haltung vor: „Den Hauskauf des P. zu unterstützen, da P. zu den loyalsten Amtsträgern gehört ... und der Aufbau eines kircheneigenen Betriebs abgelehnt werden sollte, gleichzeitig kann mit dieser Entscheidung der Differenzierungsprozess innerhalb der Kirche vertieft werden.“

Mit der Vertiefung des „Differenzierungsprozesses“ meint die Stasi die Förderung von loyalen Pastoren wie Heinz P. auf der

Eckart Hübener lebt heute auf dem alten Pfarrhof in Rambow mit seiner Frau.



Eine Arbeitsgruppe diskutiert 1986 im Garten beim Friedenskreis in Vipperow mit Pfarrer Markus Meckel (links).

FOTOS (2): ARCHIV MARKUS MECKEL.



In den 1980er-Jahren strömten jeden Sommer mehr als 100 Aktivistinnen nach Vipperow. Hier begrüßt Markus Meckel die Gruppe „Frauen für den Frieden“.

einen und die Diffamierung kritischer Kirchenleute auf der anderen Seite. Das Immobiliengeschäft verlief offensichtlich im Sinne des Basedower Pastors, der die alte Stellmacherei seinerzeit erwerben konnte.

Heinz P. starb im März 2020. Dass sein Fall jetzt noch einmal für heftige Diskussionen in Kirchenkreisen sorgt, ist einer Petition vom August 2021 zu verdanken, die mehr als 120 Menschen unterschrieben haben, darunter zahlreiche namhafte Bürgerrechtler und Vertreter der evangelischen Kirche wie Markus Meckel, Freya Klier, Wolfgang Templin, Heiko Lietz und Michael Körner. Auch Maria Nook, die brandenburgische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in der DDR, und Anne Drescher, Landesbeauftragte für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, gehören zu den Unterzeichnern.

Unter dem Titel „Kirche muss Verantwortung zeigen“ wandten sich die Verfasser im August 2021 an die Kirche, um gegen eine posthume „Sonderregelung für eine größere Grabplatte“ zu protestieren, der die Pastorin und die Mehrheit der Kirchenratsmitglieder bereits zugestimmt hatten. „Es

kann und darf nicht sein, dass Täter auch 32 Jahre nach dem Ende der DDR noch in dieser Weise eine besondere Anerkennung verschafft wird. Das ist ein Schlag in das Gesicht der vielen Betroffenen, die Heinz P. verraten hat“, heißt es in der Petition, die auf der Internetseite der Robert-Havemann-Gesellschaft, dem „Archiv der DDR-Opposition“, nachzulesen ist. Mit der Petition wird dazu aufgefordert, in allen kirchlichen Gremien Stellung zu dem Thema zu beziehen.

Indes versuchte der zuständige Propst Wulf Schünemann, die Vorwür-

fe in einem Schreiben an die Petenten von Ende August 2021 zu relativieren. Laut Friedhofordnung wären auf der Doppelpartie der Eheleute P. zwei Platten in einer Größe von jeweils 50 mal 40 Zentimetern möglich gewesen. Die stattdessen von der Familie beantragte eine Platte in der Größe von 120 mal 74 Zentimetern sei nur geringfügig größer.

„Wir erkennen nicht, dass das Grab dadurch in irgendeiner Form als Ehrengrab missverstanden werden könnte“, erklärte Schünemann. Tiefgreifender als die Form der Grabgestaltung sei aber das Anliegen, dass die Mitglieder der betroffenen Kirchgemeinde „die dunkle Seite der Lebensgeschichte von Heinz P. ausführlicher zur Kenntnis nehmen“.

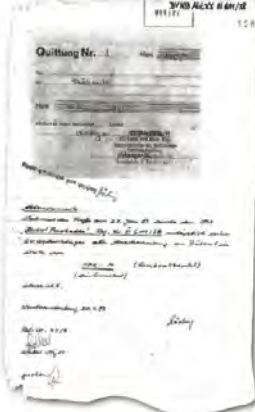
Die Familie des früheren Pastors wollte sich auf Anfrage des Nordkuriers nicht zum Thema äußern.

**Ihm gefiel der „Schwarze Kanal“**  
 Nur zu gut kennt Eckart Hübener, der Initiator der Petition, die „dunkle Seite“ seines ehemaligen Kollegen Heinz P. Der heute 68-jährige übernahm 1982 die Pfarrstelle in Rambow, einem kleinen Dorf bei Malchin. Hübener fand sich bereits als Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde Berlin im Visier des MfS. Als er Anfang der 1980er-Jahre bei der Rückkehr von einer Reise nach Polen mit Materialien, Aufklebern und Abzeichen der systemkritischen polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ erwischt wurde, nahm ihn die Stasi im August 1981 fest. Wegen eines „Zollvergehens“ wurde er zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt, die er fast vollständig absaß.

Manfred Stolpe, damals unter anderem stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, hatte gegen Hübeners Willen seinen Haftling freikauft in den Westen emigriert. Doch der damals 29-Jährige wollte bleiben und wurde nach Rambow versetzt. Dort stand er auch unter der Aufsicht von Heinz P., offiziell als Propst, inoffiziell als Stasi-Zuträger „Herbert Puchalla“.

Galt der 1929 geborene und seit 1955 als Pastor arbeitende P. anfangs als kritischer Geist, habe er sich mit der Zeit zu einem „realistisch urteilenden“ Menschen entwickelt, schrieb die Bezirksverwaltung der Stasi im November 1978 in einem Vorschlag zur Gewinnung als IMS\* (inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung eines Verantwortungsbereichs). Heinz P. engagierte sich in der Nationalen Front, dem Bündnis der Blockparteien, äußerte sich in der „Freien Erde“ positiv über das „Engagement christlicher Bürger in der sozialistischen Gesellschaft“ und finde den „Schwarzen Kanal“ gut. Dazu muss man wissen, dass diese wöchentliche Sendung von Karl-Eduard von Schnitzler eine bei den meisten DDR-Bürgern sehr beliebte Propagandaseudung war.

Heinz P. sei „objektiv in der Lage, operative wertvolle Informationen über den Bereich der Evangelischen Landeskirche Mecklenburg zu geben“. Insbesondere sollte mit Hilfe von „Herbert Puchalla“ der „reaktionär eingestellte Superintendent (Rüdiger) Timm“ kontrolliert werden, so die Erwartung des



Präsente der Stasi für den Pastor aus dem Delikat Neubrandenburg. FOTO: BSU

MfS. Wie es sich für einen Geheimdienst gehört, wurde mit dem künftigen IM eine Legende für die Kontaktaufnahme entwickelt. Als „Lösung“ galt eine „Terminvereinbarung für das nächste Orgelkonzert“, wie es ein Stasi-Offizier festhielt.

Zahlreiche Berichte zeigen, dass Heinz P. die Erwartungen der Staatssicherheit erfüllt hat. So war er eingebunden in die „politisch-operative Kontrolle des „Friedenskreises Waren“. Ihren Ursprung hatten die Friedlenkreise in Mecklenburg Anfang der 1980er-Jahre in Vipperow an der Müritzwitz, wo Markus Meckel als Pastor arbeitete, und in Gästrow, wo Heiko Lietz wirkte. Oppositionelle diskutierten in diesen Kreisen offen und kritisch unter anderem über Fragen des Friedens und Pazifismus sowie über Umweltprobleme. Dabei stellten sie immer wieder die offizielle SED-Politik infrage. Nach Vipperow strömten jeden Sommer weit mehr als 100 Aktivistinnen von Umweltgruppen zu den mehrtagigen Friedensseminaren. Mitte der 1980er-Jahre wurden die Friedenskreise in Mecklenburg auf weitere Kirchgemeinden beispielsweise in Waren, Röbel und Neubrandenburg ausgedehnt, was die Staatssicherheit auf den Plan rief.

Unter tatkräftiger Hilfe von „Herbert Puchalla“ und anderen IM wurden zahlreiche Informationen zusammengetragen. Beispielsweise, dass „14 Personen, teilweise Ehepartner, an den organisierten Zusammenkünften des Friedenskreises“ Waren teilnehmen würden. Entscheidenden Einfluss hätten Meckel und Hübener, heißt es in einem Bericht der MfS-Kreisdienststelle Waren. Auch wenn es keine „eindeutige inhaltliche Profilierung“ der Treffen gebe, stand für die Stasi die „politisch-operative Zielstellung“ fest: „Kontrolle und Bearbeitung dieses Personenkreises“ sowie „Zerschlagung/Zersetzung der Organisationsstruktur“. Aktiv eingebunden war IM „Puchalla“, der durch die Intervention beim Gemeindegemeinderat (GKR) den „Handlungs-

spielraum des Pastors Hübener“ weiter einschränken sollte.

Heinz P. beschaffte also nicht nur Informationen, er griff im Auftrag der Stasi auch in Personalangelegenheiten der Kirche ein, wenn es beispielsweise um die Disziplinierung kritischer Geister ging. Durch die „gezielte Einflussnahme“ auf den Superintendenten und den GKR sei der „angestrebte Prozess einer innerkirchlichen Auseinandersetzung mit H. (Hübener) erfolgreich in Gang gesetzt worden“, lobte Oberstleutnant Sutfva von der MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg im Oktober 1985. „Der weitere Einsatz der Quelle erfolgt einerseits mit der Zielstellung der Festigung und Unterstützung der Haltung des GKR sowie des Superintendenten Timm gegen H. und darüber hinaus generell gegen pseudopazifistische Aktivitäten weiterer Zield Personen“.

„Puchalla“ beherrschte offensichtlich auch die Kunst der Zersetzung, die das MfS immer wieder einsetzte, um Missrationen in Familien, Betrieben und eben auch Kirchgemeinden zu säen. So streute er das Gerücht, dass es Unregelmäßigkeiten in der Rambower Kirchgemeindekasse gebe. Und, dass Hübener Mitte der 1980er-Jahre in das seinerzeit leerstehende Schloss Ulrichshusen eingebrochen sei. „Das wurde viele Jahre immer noch behauptet, auch wenn der wahre Täter längst verhaftet und verurteilt war“, sagt Hübener.

**Deliktas zum 60. Geburtstag**  
 Das Ministerium für Staatssicherheit war zufrieden mit der Arbeit ihres emigen Kirchen-Spitzelns „Herbert Puchalla“. Regelmäßig zu seinen Geburtstagen überbrachte ihm sein Führungsoffizier eine Prämie im Wert von 100 Mark oder zum 60. auch mal einen üppig gefüllten Präsentskorb mit Leckerliesen aus dem Neubrandenburger Delikatladen.

Hübener erfuhr 1990, dass Heinz P. ihn über Jahre ausspionierte. Als er ihn im Januar 1991 damit konfrontierte, habe er alles abgestritten. Nach einer Anzeige wurde durch die Kirchenleitung ein offizielles Disziplinarverfahren wegen der Verletzung von Dienstpflichten eingeleitet. Seinerzeit waren aber noch längst nicht alle MfS-Akten erschlossen, die das unselbige Wirken von P. dokumentierten. 1994 wurde er in den Ruhestand geschickt. P. muss die Kosten des Verfahrens tragen. Seinen Titel Pastor und damit das dauerhafte Recht einer Grabstelle auf einem kirchlichen Friedhof durfte er behalten.

Markus Meckel zieht angesichts dieser DDR-Geschichte von Pastor Heinz P. sogar eine Parallele zum Ukraine-Krieg. „Putin hat den Krieg mit einer Geschichtsklitterung begonnen.“ Es gehöre auf den Tisch, dass Pastor P. aktiv für die Stasi tätig war, so Meckel. Ich kann die Familie versteinern, aber das Gemeinwesen sollte sich kritisch damit auseinandersetzen, sonst besteht auch bei uns die Gefahr der Geschichtsklitterung.“

Kontakt zum Autor  
 fwilhelm@nordkurier.de

So erschien ein zweiter Beitrag am 29. März 2022 im Nordkurier:



In der Kirche Basedow predigte Heinz P. von 1955 bis Anfang der 1990er-Jahre, als ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet wurde. FOTO: KIRSTEN GEHRKE

## „Die Kenntnisse über Kirche in der DDR schwinden“

Die Landesbeauftragte für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Anne Drescher hat mit Propst Dirk Saueremann vom Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreis Mecklenburg die Veranstaltung „Staat und Kirche im Kirchenkreis Malchin 1980 bis 1990“ morgen in Salem organisiert. Frank Wilhelm sprach vorab mit Anne Drescher.

*Die Diskussion um die Stasi-Verstrickungen eines Pfarrers im ehemaligen Kirchenkreis Malchin schlagen zumindest intern hohe Wellen. Gibt es deshalb die Veranstaltung in Malchin?* Die Diskussionen und die Petition waren der Anstoß für die Veranstaltung. Unser Anliegen ist aber weiter gefasst. Wir möchten den Kontext für diese Vorgänge erklären. Wir wollen den Beteiligten die historischen Fakten liefern, damit sich die Teilnehmer ihre eigene Meinung bilden können. Es stellt sich die Frage, wie man heute in den Kirchgemeinden mit den politischen Verfolgungen aus DDR-Zeiten umgeht. Wir müssen feststellen, dass die Kenntnisse über die Evangelische Kirche in der DDR schwinden oder der „zeitliche Abstand die Erfahrungen von damals unbesprochen in das Reich der Vergangenheit verbannt“, wie es in der Einladung heißt.

zu DDR-Zeiten wissen. Wenn es dann Konflikte untereinander gibt, kann es sehr schnell im Zusammenhang mit unbesprochenen früheren Geschichten um erlebte politische Verfolgung und Stasi-Verflechtungen zu neuen Verletzungen führen.

*Sind die seelischen Verletzungen von Gemeindemitgliedern, die bespitzelt wurden, besonders schlimm, weil sie glaubten, sich zu DDR-Zeiten unter dem Dach der Kirche sicher zu fühlen?* Ich würde die Kirche hier nicht besonders herausheben, das betrifft andere Bereiche wie die Schule oder die Familie genauso. Es geht immer um ein Vertrauensverhältnis, in dem der Verrat eines Freundes oder Kollegen schwer wiegt und sehr verletzt.

Kontakt zum Autor  
f.wilhelm@nordkurier.de

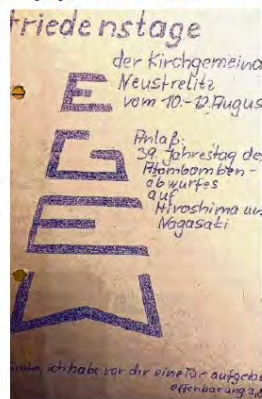
*Ist die Geschichte des Wirkens der Staatssicherheit in den Kirchgemeinden im Nordosten ausreichend aufgearbeitet?*

Es gibt viel Literatur dazu. Ich verweise exemplarisch auf das Buch von Rachel Frank „Realer-Exakter-Präziser?“, in dem sie die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989 beschreibt. Ich glaube aber, dass das Thema in vielen Kirchgemeinden nicht ausreichend besprochen wird. Es gibt viele Gemeindemitglieder, die nichts über das Leben in den Gemeinden



Anne Drescher FOTO: BERND WÜSTNECK

### Dokumente des Widerstands gegen die offizielle Friedenspolitik der DDR



Pfarrer Eckart Hübener hat zahlreiche Dokumente aus den Friedenskreisen im Kirchenkreis Malchin aufbewahrt. Die Plakate zeigen, um welche Themen es den Aktivisten, die aus verschiedenen Kirchgemeinden kamen, ging: Im Mittelpunkt standen Umweltprobleme, die sich

spätestens ab Ende der 1970er-Jahre nicht nur an Industriezentren wie Leuna, sondern auch angesichts der Industrialisierung der Landwirtschaft im Nordosten zeigten. Kritisch wurde sich auch mit der Müllproblematik auseinandergesetzt.

Zudem wurde abseits der SED-Propaganda über den Frieden und den in der DDR verpönten Pazifismus diskutiert. Mit der Losung „Geht mir vom Acker mit Eurem Beton“ (links) wurde gegen den Ausbau der Autobahn nach Wismar aus rein militärischen Gründen protes-

tiert. Bei einem Friedensseminar im August 1988 in Penzlin wurde eine Forderung an die ökumenische Versammlung behandelt, den von Greenpeace ausgerufenen „Tag gegen Grenzen“ zu unterstützen. Längst nicht alle Pfarrer begleiteten die Friedenskreise wohlwollend. **WIL**

ARCHIV: ECKART HÜBENER



Von Frank Wilhelm

**MALCHIN.** Markus Meckel gilt zurecht als integere Persönlichkeit. Als Pfarrer in Vipperow an der Müritz war er Gründer der Friedenskreise im Nordosten, einer unter dem Dach der Kirche in den 1980er-Jahren entstehenden oppositionellen Bewegung in der DDR.

Abseits der offiziellen SED-Linie wurde beispielsweise über Umweltprobleme und den Pazifismus diskutiert. Die Friedenskreise, die sich insbesondere in Zentren wie Berlin bildeten, gelten als Vorläufer des Neuen Forum und damit auch als Wurzel der friedlichen Revolution.

Gemeinsam mit Martin Gutzeit initiierte Meckel im Oktober 1989 die Gründung der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP). Er war Außenminister der einzigen frei gewählten DDR-Regierung, anschließend bis 2009 Mitglied des Bundestages. Gar nicht gezählt die vielen ehrenamtlichen Funktionen.

Ein gefragter Mann, natürlich auch, wenn es um das Thema „Staat und Kirche im Kirchenkreis Malchin 1980 bis 1990“ geht. Dazu hatte die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anne Drescher, gemeinsam mit Propst Dirk Sauermaun für den Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreis Mecklenburg am Donnerstagabend nach Salem an den Kummerower See eingeladen. Vipperow gehörte seinerzeit zum Kirchenkreis Malchin.

#### „Was hätte er tun sollen, als Pfarrer?“

Meckel erzählte in seinem Redebeitrag von seinem Vater, der ebenfalls Pfarrer war und stets in „totaler Distanz“ zur DDR gestanden habe. Doch dann habe er sich dank einer homosexuellen Beziehung zu einem deutlich jüngeren Mann angreifbar gemacht. Die Stasi habe ihn erpresst, er wusste keinen anderen Weg, als zu kooperieren.

„Was hätte er tun sollen, als Pfarrer, als Familienvater?“, fragte Meckel in die Runde der knapp 100 Teilnehmer, die atemlos lauschten. Sich zu outen wäre in dieser Zeit, unter dem damaligen gesellschaftlichen und kirchlichen Kontext kaum möglich gewesen. Sein Vater habe schließlich an das MfS berichtet, wenn auch meist oberflächlich, wie ihm be-

# Ehrliche Aufarbeitung tut oft auch weh

Der Fall des Basedower Pfarrers Heinz P. alias „Herbert Puchalla“ bewegt die Gemüter im Kirchenkreis Malchin. Bei einer Tagung zum Thema „Staat und Kirche“ wurde aber deutlich, dass der Bogen viel weiter als nur bis zur Stasi gespannt werden muss.



Pazifistischer Protest des Friedenskreises um Markus Meckel 1984 in Vlietzen bei Rechlin.

FOTO: ARCHIV MARKUS MECKEL



Alte Weggefährten: Markus Meckel (links) und Rüdiger Timm begrüßen sich in Salem.

FOTO: FRANK WILHELM



In Rambow predigte seit 1982 Pfarrer Eckart Hübener. Er stand unter besonderer Beobachtung der Stasi.

FOTO: MIRIAM BRÜMMER

spitzelte Gemeindeglieder, mit denen er gesprochen habe, versichert hätten, sagt Meckel. Aber: „Die Schuld bleibt!“ Er empfinde große Trauer, aber er wolle seinen Vater auch nicht allein auf seine IM-Tätigkeit reduzieren.

Ehrliche Aufarbeitung, die die dunklen Seiten nicht ausspart, tut weh. Geht man ihr aus dem Weg, brechen aber immer wieder Gräben auf, werden die Betroffenen stets aufs Neue verletzt. Selbst, wenn es „nur“ um eine Grabplatte geht, die doppelt so groß werden soll wie die laut Friedhofsordnung vorgeschriebenen zwei kleine-

ren Platten einer Doppelgrabstelle. Eine schlichte Platte für den Pfarrer Heinz P. aus Basedow, der zwischen 1978 und 1989 als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) „Herbert Puchalla“ umfangreich für das MfS berichtete und im Auftrag der Stasi Zersetzungsmaßnahmen umsetzte.

Die von der Familie des im März 2020 verstorbenen Pastors beantragte Sonderregelung für die Grabplatte hatte im August 2021 nicht nur für eine scharfe Protest-Petition gesorgt, unterschrieben von mehr als 120 Persönlichkeiten.

Sie mündete auch in die Veranstaltung in Salem. Vie-

le jüngere Kirchgemeindeglieder, so zeigte sich am Fall von „Herbert Puchalla“, kennen diese Stasigeschichte nicht, genauso wenig wie die schwierige Geschichte der Kirche in der DDR überhaupt.

#### Die Kirchen gehörten zum Feindbild in der DDR

Zwei von Anne Drescher genannte Zahlen belegen die letztlich erfolgreiche Unterdrückung des Christentums durch das SED-Regime: Waren 1945 noch 90 Prozent der Bevölkerung auf dem Gebiet der späteren DDR religiös gebunden, waren es 1989 nur noch 25 Prozent. „Die Kirchen gehörten von Anfang

zum Feindbild in der DDR“, erklärte sie. In den 1950er-Jahren mussten beispielsweise Tausende Mitglieder der Jungen Gemeinden die Erweiterten Oberschulen (EOS) verlassen.

Die Zersetzungsmaßnahmen wurden sogar „wissenschaftlich“ ausgearbeitet. An der Potsdamer Stasi-Hochschule erarbeiteten 14 Studenten eine Dissertation zum Thema. Die „Zielobjekte sollten unschädlich gemacht“ werden, beispielsweise durch die „Organisation von Misserfolgen“ und die „Erzeugung von Misstrauen“, sagte Anne Drescher. „Das MfS zerstörte dadurch zahlreiche Leben.“

Auch das Leben des jungen Pfarrers Eckart Hübener, seit 1982 in Rambow tätig, sollte zerstört werden, war er doch der SED und der Stasi wegen seiner aktiven Rolle bei der Ausweitung der Friedenskreise im Nordosten ein besonders spitzer Dorn im Auge.

Aber der Geheimdienst konnte auf seinen Informanten „Puchalla“ bauen. So berichtete er 1986 über den Amtsbruder: „Seine wirkliche Haltung ist gegen die Politik der DDR gerichtete. Er steht stark unter dem Einfluss 'negativer' BRD-Bürger.“ Klingt das noch vergleichsweise harmlos, hätte der ein Jahr zuvor erfolglos Hinweis der Quelle auf einen von Hübener angeregten „Marsch zum Militärobjekt in Waren“ durchaus in eine Vorladung des Beschuldigten zum MfS münden können.

#### Die „guten“ Pfarrer wurden vom Staat belohnt

Immer wieder lobte die Stasi Heinz P., weil er den „Differenzierungsprozess“ im Kirchenkreis vorantreibe. Das klingt harmloser als es in Wirklichkeit war, stellte der Historiker Christian Halbrock klar. Pfarrer sollten einerseits in fortschrittliche, dem DDR-Staat wohlgesonnene Kirchenvertreter und andererseits in „reaktionäre“ Kräfte eingeteilt werden. Die „Guten“ wurden dann auch belohnt, so Halbrock: Mit Reisen in den Westen, mit Abitur- und Studienplätzen für die Kinder und mit Bauressourcen, die in der DDR bekanntermaßen knapp waren. Es dürfte kein Zufall sein, dass Kirche Basedow, wo P. seit 1955 predigte, überproportional viele Sanierungskapazitäten zugeteilt bekam.

„Niemand wurde die Kirche im Kirchenkreis so instrumentalisiert wie durch Heinz P.“, sagte Rüdiger Timm, von 1976 bis 1996 Superintendent in Malchin. Auch über ihn hat „Puchalla“ ausführlich berichtet, hat dem Geheimdienst gegenüber immer wieder versucht, einen Keil zwischen Timm und Hübener zu treiben. Bei allen Dialogbemühungen vonseiten der Kirche, bei allen Wendungen in der Kirchenpolitik, galt es für die SED stets, gegen den „Klassenfeind“ Kirche vorzugehen, so Timm: „Mit Instrumentalisierung, Isolierung, Zersetzung, Disziplinierung bis zur Liquidierung.“

Kontakt zum Autor  
fwilhelm@nordkurier.de

## **Aufarbeitung braucht Grautöne, Versöhnung Wahrheit** „Staat und Kirche in der DDR“ auf Tagung mit Zeitzeugen differenziert beleuchtet

**Salem** (cme). „Versöhnung braucht Wahrheit. Und Aufarbeitung braucht kein Schwarz-Weiß-Denken, sondern das Wahrnehmen von Grautönen“. So pointiert formulierte Pastor i.R. Markus Meckel seine Sicht auf das noch nicht aufgearbeitete, verschwiegene oder auch verdrängte Thema „Staat und Kirche zu DDR-Zeiten“. Ein Gesprächsforum in Salem fokussierte jüngst den Blick mit Zeitzeugen und Betroffenen auf Personen und Geschehnisse von 1980 bis 1990 im früheren evangelischen Kirchenkreis Malchin.

Ehrliche Aufarbeitung, die die dunklen Seiten nicht ausspart, tut weh. Geht man ihr aus dem Weg, brechen aber immer wieder Gräben auf, werden die Betroffenen stets aufs Neue verletzt. Diese Sichtweise führte bereits 2019 zum Projekt „Biografien politisch Verfolgter und Diskriminierter in Mecklenburg 1945 bis 1990“. Der Kirchenkreis Mecklenburg setzt seinen damals gemeinsam mit der Nordkirche und der Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte gesetzten Impuls seither mit regionalen Gesprächsforen fort – aktuell im früheren Kirchenkreis Malchin. Dort entbrannten jüngst hitzige Diskussionen um den vor zwei Jahren verstorbenen Pastor Heinz Pulkenat aus Basedow, der zwischen 1978 und 1989 als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) „Herbert Puchalla“ umfangreich für das MfS berichtete und in dessen Auftrag Zersetzungsmaßnahmen umsetzte.

**Christen waren erklärte Klassenfeinde**  
Rüdiger Timm, von 1976 bis 1996 Landessuperintendent in Malchin, erinnerte daran, dass dem SED-Staat alle Mittel beim Kampf gegen ausgemachte Klassenfeinde, wie Christen, recht waren. „Instrumentalisierung, Isolierung, Zersetzung, Disziplinierung bis hin zur Liquidierung waren die grausigen und brutalen Begriffe dafür“, so der Theologe. „Der Staat machte uns deutlich, dass er die Macht habe und die Kirche sich raushalten, quasi im eigenen Saft schmoren sollte, wie heute die Russisch Orthodoxe Kirche“, so Rüdiger Timm. „Mit der von Altbischof Heinrich Rathke formulierten

Formel ‚Kirche für Andere‘ waren wir aber dazu aufgerufen, dem entgegenzuwirken, gesellschaftliche Themen vom Evangelium her furchtlos anzusprechen, was natürlich zu Konflikten geführt hat.“ Vor allem viele junge Theologen, wie Markus Meckel – damals in Vipperow oder Gottfried Timm in Röbel, folgten der Formel und hätten einen offenen, unangepassten Blick auf die DDR-Wirklichkeit gelebt.

„Es war nicht immer konfliktfrei – auch mit der Kirchenleitung, aber wir konnten arbeiten in Mecklenburg“, bescheinigte Markus Meckel rückblickend. Es gab Gesprächskreise, wie die Arbeitsgruppe Frieden, in denen über Pazifismus oder Umweltprobleme diskutiert wurde. Und es habe regelmäßige Gespräche mit der mecklenburgischen Landeskirche gegeben, um auftretende Konflikte zu lösen. Aus den Friedenskreisen entwickelten sich später das „Neue Forum“ und die friedliche Revolution.

### **Differenzierter Blick und Beurteilung nötig**

Vor diesem Hintergrund greift es laut Markus Meckel zu kurz, die Kirche in der DDR mit der Kategorie Opfer-Täter zu betrachten. Vielmehr müsse den Grautönen, der Botschaft Kirche zu sein und den Menschen gleichermaßen nachgespürt werden. Zudem spielten Erfahrungen vor 1945, wie in der Bekennenden Kirche (BK) eine Rolle. Dass viele Bischöfe in der russischen Besatzungszone der BK angehörten, habe dazu geführt, dass die Kirche als Widerstandsorganisation anerkannt war und sich zunächst relativ frei organisieren konnte, beispielsweise mit eigenen Gesetzen und Gerichtsbarkeit.

### **Keine pauschale Beurteilung von Menschen**

Ein differenzierter Blick sei ebenso beim Thema „IMs in der Kirche“ nötig. Denn Inoffizieller Mitarbeiter stehe für ganz unterschiedliche Menschen: überzeugte und ebenso zum Pitzeldienst erpresste. Sehr persönlich erzählte Meckel von seinem Vater, der eben-

falls Pastor war und stets in „totaler Distanz“ zur DDR stand. Doch dann habe er sich angesichts einer homosexuellen Neigung Anfang der 1970er-Jahre erpressbar gemacht und wusste keinen anderen Weg als zu kooperieren. Denn sich zu outen war unter dem damaligen gesellschaftlichen und kirchlichen Kontext kaum möglich gewesen. Sein Vater habe nichts verraten, nur belanglos und oberflächlich berichtet. Dennoch: „Die Schuld bleibt und ich empfinde große Trauer und will zugleich meinen Vater nicht allein auf seine IM-Tätigkeit reduzieren“, so der Sohn, der dafür plädiert das Leben von Menschen nicht pauschal zu beurteilen, sondern auch Verdienste wahrzunehmen.

### **Vergebung setzt Schuld-Bekennnis voraus**

Zugleich erinnerte Markus Meckel an die verletzten Seelen, die Heilung bedürfen. Denn es gäbe nicht nur Opfer der Stasi, sondern ebenso Opfer von Stasi und Kirche sowie nur von der Kirche. Ein Beispiel seien die Theologen, die nach der Ausreise aus der DDR ihre Ordination verloren und im Westen zunächst nicht als Pastorin oder Pastor arbeiten konnten. Alle Grautöne wie die gesamte Kirchengeschichte der DDR muss auch die EKD, müssen alle Landeskirchen in die Betrachtung ihrer Gesamtgeschichte einbeziehen.

Die Nordkirche stehe hierbei in besonderer Verantwortung, forderte Markus Meckel vor den rund 50 Gästen – darunter Bischof Tilman Jeremias. Konkret verwies er auf das Bußwort und die Aufarbeitung in der Mitteldeutschen Kirche: „Versöhnung braucht Wahrheit. Alles muss auf den Tisch. Wer sich bekannt hat, dem kann ich vergeben.“

In drei Erzählgruppen kam dann so manches auf den Tisch. Beispielsweise das Schicksal von Eckart Hübener. Der Pastor war seit 1982 in Rambow tätig. Doch der Stasi waren seine Aktivitäten im Friedenskreis ein Dorn im Auge. Entsprechend der Stasi-Richtlinie 1/76 wurden verdeckte, verleumdende und andere Zersetzungsmaßnahmen gegen ihn in Gang gesetzt. Dabei spielte auch IM „Herbert Puchalla“ eine Rolle, der immer wieder versuchte einen Keil zwischen Pastor Hübener und seinem LSI Timm zu treiben.

### **Drangsalierung in sozialistischer Schule noch lebendig**

Bis heute wirken bei vielen Christen die Erfahrungen in der sozialistischen Schule nach. So mussten in den 1950er-Jahren Tausende Mitglieder der Jungen Gemeinden die Erweiterten Oberschulen (EOS) verlassen. Auch später war der Zugang für Kinder aus christlichen Elternhäusern zum Abitur oft verwehrt, so Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Unterdrückung des Christentums zeige sich plastisch an den Mitgliederzahlen: „Waren 1945 noch 90 Prozent der Bevölkerung auf dem Gebiet der späteren DDR religiös gebunden, waren es 1989 nur noch 25 Prozent“, so Anne Drescher.

In einer Erzählgruppe berichtete ein Mann von seinem „angepassten Doppelleben“ mit FDJ-Mitgliedschaft und Wehrdienst und seinem Christsein mit Konfirmation etc. Anders eine Frau, die das ablehnte, und so nicht zum Abitur und zum Studium zugelassen wurde. Kirchlichen Mitarbeitenden, wie Ulrike Rinsma-Doll (damals Teterow), half bei allen Schwierigkeiten in der Gemeindefarbeit mit den staatlichen Organen, dass der damalige Landesbischof Heinrich Rathke „immer ansprechbar war und hinter uns stand“.

### **Aktive Auseinandersetzung, Opferperspektive und Gesten**

Für Propst Dirk Saueremann wurde in Salem der notwendige Schritt vom „passiven Erinnern zur aktiven Auseinandersetzung“ gegangen. „Wir wollten Gesprächsraume eröffnen und Geschichte(n) erzählen, bevor die Kenntnisse schwinden oder Erfahrungen von damals unbesprochen in das Reich der Vergangenheit verbannt werden“, so der leitende Theologe. Denn es sei wichtig, dass „erzählte Geschichte in der Gegenwart betrachtet, in diese übersetzt und heute zugänglich gemacht“ werde. So können gemeinsame Erfahrungen und Trennendes ausgemacht werden, um eine gute Zukunft in Kirche und Gesellschaft zu gestalten.

Curt Stauss, der als Seelsorger für politisch Verfolgte tätig ist, mahnte bei der Aufarbeitung noch mehr die Perspektive der Opfer einzunehmen. Stauss: „Versöhnung braucht neben rechtsstaatlichen Verfahren, dem Hör- und Erlebbar machen von schmerzhaften Erinnerungen und der Unterscheidung zwischen Person und Tat als theologische Dimension auch Gesten.“

# Aufarbeitung braucht Grautöne, Wahrheit

„Staat und Kirche in der DDR“ auf einer Tagung in Salem mit Zeitzeugen differenziert beleuchtet

Es ging um ehrliche Aufarbeitung, die oft auch schmerzlich ist. Gesprächsräume eröffnen, Geschichten erzählen – das war ein Ziel der Veranstaltung „Staat und Kirche im ehemaligen Kirchenkreis Malchin“ im Rahmen des Biografienprojektes in Salem vor zwei Wochen.

VON CHRISTIAN MEYER

Salem. „Versöhnung braucht Wahrheit. Und Aufarbeitung braucht kein Schwarz-Weiß-Denken, sondern das Wahrnehmen von Grautönen“. So pointiert formulierte Pastor i. R. Markus Meckel seine Sicht auf das noch nicht aufbereitete, verschwegene oder auch verdrängte Thema „Staat und Kirche zu DDR-Zeiten“. Ein Gesprächsforum in Salem am 30. März fokussierte den Blick mit Zeitzeugen und Betroffenen auf Personen und Geschehnisse von 1980 bis 1990 im früheren Kirchenkreis Malchin.

Ehrliche Aufarbeitung, die die dunklen Seiten nicht ausspart, tut weh. Geht man ihr aus dem Weg, brechen aber immer wieder Gräben auf, werden die Betroffenen stets aufs Neue verletzt. Diese Sichtweise führte bereits 2019 zum Projekt „Biografien politisch Verfolgter und Diskriminierter in Mecklenburg 1945 bis 1990“. Der Kirchenkreis Mecklenburg setzt seinen damals gemeinsam mit der Nordkirche und der Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte gesetzten Impuls seither mit regionalen Gesprächsforen fort – aktuell im früheren Kirchenkreis Malchin. Dort entbrannten jüngst hitzige Diskussionen um den vor zwei Jahren verstorbenen Pastor Heinz Pulkenat aus Basedow, der zwischen 1970 und 1989 als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) „Herbert Puchalla“ umfangreich für das MIS berichtete und in dessen Auftrag Zersetzungsmaßnahmen umsetzte.

## Christen waren erklärte Klassenfeinde

Rüdiger Timm, von 1976 bis 1996 Landessuperintendent (LSI) in Malchin, erinnerte daran, dass dem SED-Staat alle Mittel beim Kampf gegen ausgemachte Klassenfeinde, wie Christen, recht waren. „Instrumentalisierung, Isolierung, Zersetzung, Disziplinierung bis hin zur Liquidierung waren die grausigen und brutalen Begriffe dafür“, so der Theologe. „Der Staat machte uns deutlich, dass er die Macht habe und die Kirche sich raushalten, quasi im eigenen Saft schmoren sollte, wie heute die Russisch Orthodoxe Kirche“, so Rüdiger Timm. „Mit der von Altbischof Heinrich Rathke formulierten Formel ‚Kirche für Andere‘ waren wir aber dazu aufgerufen, dem entgegenzuwirken, gesellschaftliche Themen vom Evangelium her furchtlos anzusprechen, was natürlich zu Konflikten geführt hat.“ Vor allem viele junge Theologen, wie Markus Meckel – damals in Vipperow – oder Gottfried Timm in Röbel, folgten der Formel und hätten einen offenen, unangepassten Blick auf die DDR-Wirklichkeit gelebt.

„Es war nicht immer konfliktfrei – auch mit der Kirchenleitung, aber wir konnten arbeiten in Mecklenburg“, bescheinigte Markus Meckel. Es gab Gesprächskreise, wie die Arbeitsgruppe Frieden, in denen über Pazifismus oder Umweltprobleme diskutiert wurde. Und es habe regelmäßige Gespräche mit der mecklenburgischen Landeskirche gegeben, um auftretende Konflikte zu lösen. Aus den Friedenskreisen entwickelten sich später das „Neue Forum“ und die friedliche Revolution.



Aufmerksames Zuhören im großen Kreis. An der Stirnseite Landesbeauftragte Anne Drescher und Pastor i. R. in Vipperow, Markus Meckel.

Vor diesem Hintergrund greife es laut Meckel zu kurz, die Kirche in der DDR mit der Kategorie Opfer-Täter zu betrachten. Vielmehr müsse den Grautönen, der Botschaft Kirche zu sein und den Menschen gleichermaßen nachgespürt werden. Zudem spielten Erfahrungen vor 1945, wie in der Bekennenden Kirche (BK) eine Rolle. Dass viele Bischöfe in der russischen Besatzungszone der BK angehörten, habe dazu geführt, dass die Kirche als Widerstandsorganisation anerkannt war und sich zunächst relativ frei organisieren konnte, beispielsweise mit eigenen Gesetzen und Gerichtsbarkeit.

Ein differenzierter Blick sei ebenso beim Thema „IMs in der Kirche“ nötig. Denn Inoffizieller Mitarbeiter stehe für ganz unterschiedliche Menschen: überzeugte und ebenso zum Spitzeldienst erpresste. Sehr persönlich erzählte Meckel von seinem Vater, der Pastor war und stets in „totaler Distanz“ zur DDR stand. Doch dann habe er sich angesichts einer homosexuellen Neigung Anfang der 1970er-Jahre erpressbar gemacht und wusste keinen anderen Weg als zu kooperieren. Denn sich zu outen war unter dem damaligen gesellschaftlichen und kirchlichen Kontext kaum möglich gewesen. Sein Vater habe nichts verraten, nur belanglos und oberflächlich berichtet. Dennoch: „Die Schuld bleibt und ich empfinde große Trauer und will zugleich meinen Vater nicht allein auf seine IM-Tätigkeit reduzieren“, so der Sohn, der dafür plädiert, das Leben von Menschen nicht pauschal zu beurteilen, sondern auch Verdienste wahrzunehmen.

Zugleich erinnerte Markus Meckel an die verletzten Seelen, die Heilung bedürfen. Denn es gäbe nicht nur Opfer der Stasi, sondern ebenso Opfer von Stasi und Kirche sowie nur von der Kirche. Ein Beispiel seien die Theologen, die nach der Ausreise aus der DDR ihre Ordination verloren und im Westen zunächst nicht als Pastorin oder Pastor arbeiten konnten.



Markus Meckel berichtete sehr persönlich über seinen Vater.

Alle Grautöne wie die gesamte Kirchengeschichte der DDR muss auch die EKD, müssen alle Landeskirchen in die Betrachtung ihrer Gesamtgeschichte einbeziehen. Die Nordkirche stehe hierbei in besonderer Verantwortung, forderte Markus Meckel vor den rund 50 Gästen – darunter Bischof Tilman Jeremias. Konkret verwies er auf das Bußwort und die Aufarbeitung in der Mitteldeutschen Kirche: „Versöhnung braucht Wahrheit. Alles muss auf den Tisch. Wer sich bekannt hat, dem kann ich vergeben.“

## Vergabung setzt Schuld-Bekennnis voraus

In drei Erzählgruppen kam dann so manches auf den Tisch. Beispielsweise das Schicksal von Eckart Hübener. Der Pastor war seit 1982 in Rambow tätig. Doch der Stasi waren seine Aktivitäten im Friedenskreis ein Dorn im Auge. Entsprechend der Stasi-Richtlinie 1/76 wurden verdeckte, verleumdende und andere Zersetzungsmaßnahmen gegen ihn in Gang gesetzt. Dabei spielte auch IM „Herbert Puchalla“ eine Rolle, der immer wieder versuchte, einen Keil zwischen Pastor Hübener und seinen LSI Timm zu treiben.

Bis heute wirken bei vielen Christen die Erfahrungen in der sozialistischen Schule nach. So mussten in den 1950er-Jahren Tausende Mitglieder der Jungen Gemeinden die erweiterten Oberschulen (EOS) verlassen. Auch später war der Zugang für Kinder aus christlichen Elternhäusern zum Abitur oft verwehrt, so Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Unterdrückung des Christentums zeige sich plastisch an den Mitgliederzahlen: „Waren 1945 noch 90 Prozent der Bevölkerung auf dem Gebiet der späteren DDR religiös gebunden, waren es 1989 nur noch 25 Prozent“, so Anne Drescher.

In einer Erzählgruppe berichtete ein Mann von seinem „angepassten Doppelleben“ mit FDJ-Mitgliedschaft und Wehrdienst und seinem Christsein mit Konfirmation. Anders eine Frau, die das ablehnte, und so nicht zum Abitur und zum Studium zugelassen wurde. Kirchlichen Mitarbeitenden, wie Ulrike Rinsma-Doll (damals Teterow), half bei allen Schwierigkeiten in der Gemeindegemeinschaft mit den staatlichen Organen, dass der damalige Landesbischof Heinrich Rathke „immer ansprechbar war und hinter uns stand“.

Für Propst Dirk Saueremann wurde in Salem der notwendige Schritt vom „passiven Erinnern zur aktiven

Auseinandersetzung“ gegangen. „Wir wollten Gesprächsräume eröffnen und Geschichte(n) erzählen, bevor die Kenntnisse schwinden oder Erfahrungen von damals unbesprochen in das Reich der Vergangenheit verbannt werden“, so der leitende Theologe. Denn es sei wichtig, dass „erzählte Geschichte in der Gegenwart betrachtet, in diese überetzt und heute zugänglich gemacht“

Curt Stauss, der als Seelsorger für politisch Verfolgte tätig ist, mahnte bei der Aufarbeitung noch mehr die Perspektive der Opfer einzunehmen. „Versöhnung braucht neben rechtsstaatlichen Verfahren, dem Hör- und Erlebbar machen von schmerzhaften Erinnerungen und der Unterscheidung zwischen Person und Tat als theologische Dimension auch Gesten.“

## Notizen

## Notizen

## Notizen

***Wo Verfolgung war und Schweigen –  
da sollen Respekt und Gespräch entstehen.***

In den Jahren 1945 bis 1990 haben viele Kinder und Jugendliche, Frauen und Männer in Mecklenburg politische Verfolgung und Diskriminierung erlitten.

Weil die Erfahrungen mitten unter uns weiterwirken, haben der Evangelisch-Lutherische Kirchenkreis Mecklenburg, die Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte e.V. und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland ein erinnerungskulturelles Projekt beschlossen. Gemeinsam haben sie die Historikerin Dr. Rahel Frank mit der Erforschung von Biografien beauftragt. Inzwischen liegen 148 Biografien in Buchform vor.

**Hinweis: Das Buch ist leider vergriffen.  
In jeder mecklenburgischen Kirchengemeinde gibt es allerdings ein Exemplar.**

### *Biografien*

### **politisch Verfolgter und Diskriminierter in Mecklenburg 1945 bis 1990**

EIN ERINNERUNGSKULTURELLES PROJEKT

#### *Autorin:*

Rahel Frank

#### *Herausgebende:*

Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Mecklenburg  
Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte e.V.  
Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland

#### *Fachliche Beratung:*

Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern  
für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

ISBN: 978-3-00-064009-4

---

## **Impressum**

### **Herausgeber der Dokumentation:**

Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Mecklenburg

### **Redaktion, Layout, Produktion**

Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Mecklenburg

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Christian Meyer

### **Fotos:**

Christian Meyer | Archiv (Seite 36)